

Unia



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

WORK

Alle zur grossen
Pflege-Demo
am 22. 11. in Bern!
Infos unter
rebrand.ly/pflege-demo

Pflege-Demo: Darum ist auch Salomé Luisier (58) dabei. Seiten 6–7



Protestwelle auf dem Bau

Die Meister wollen die Búezer für weniger Geld mehr arbeiten lassen. Das lassen die sich aber nicht gefallen. Seite 3

Das war der Unia-Kongress

Alles zu den Tagen in Brig: Diskussionen, Resolutionen, Tänze und Bilder. Seiten 12–15

Darum Unia!

Die Unia kämpft für bessere Arbeitsbedingungen. Jedes Mitglied trägt dazu bei und kann mitentscheiden. Plus: Mitglieder profitieren von zahlreichen Dienstleistungen und Angeboten. Der grosse Überblick. Seiten 20–21

Gastro-GAV: Jetzt geht's los!

Alessandra Cesari (52) und ihre 250 000 Gastro-Kolleginnen und -Kollegen verhandeln zusammen mit der Unia den **grössten GAV** der Schweiz neu. Seite 5



BEIZER UND BÜEZER AN EINEM TISCH

«Das grenzt an Sklaverei», titelt am 30. Juni 1996 der «Sonntagsblick». Der Grund: Kellner Anto Blazanovic muss im Berner Restaurant Sternenbergl plötzlich acht Stunden mehr arbeiten, also neu 50 Stunden pro Woche. Und das erst noch für weniger Lohn. Was ist passiert? Der Landesgesamtarbeitsvertrag für die Gastronomie, der L-GAV, gilt nicht mehr. Tausende Wirte nutzen den vertragslosen Zustand, um die ohnehin schon tiefen Löhne weiter zu senken und die Arbeitszeiten von 42 auf bis zu 50 Stunden pro Woche zu verlängern. Im

«Blick» macht Familienvater Blazanovic seiner Empörung Luft: Das sei «eine Frechheit. Das ist Ausnützen eines vertragslosen Zustands, Ausbeuterei und nahezu Sklaverei.»

JAPANISCH. Doch die kleine unia, eine Vorgängerin der grossen Unia, macht Druck. In Bern führt sie eine schwarze Liste mit den Namen der Beizen, die Verschlechterungen vorgenommen haben. Gleichzeitig führt sie eine weisse Liste mit Restaurants, die die Standards beibehalten. Und sie verteilt Flugblätter: an die Kundschaft in Restaurants, an Touristinnen und Touristen. In fünf Sprachen, darunter Englisch und Japanisch: «Es ist nicht alles Gold, was glänzt.»

DRASTISCH. 1997 nimmt der Druck auf die Wirte und Hoteliers zu. Sie setzen sich mit der Union Helvetia, der Vorgängerin der Hotel & Gastro Union, an den Verhandlungstisch. Aber die Forderungen der Patrons sind dreist: Sie wollen eine 44-Stunden-Woche, bloss noch das gesetzliche Minimum bei den Ferien und nur noch zwei Mindestlohnkategorien – die einzig für Vollzeitarbeitende gelten sollen. Mit den meisten Forderungen kommen sie nicht durch, als der neue Vertrag 1998 in Kraft tritt. Trotzdem: die Löhne bleiben skandalös tief. Dennoch ist die Wiederinkraftsetzung des L-GAV ein Fortschritt für Zehntausende von Búezerinnen und Búezern im Gastgewerbe.

GIGANTISCH. Dann, im Mai 2001, steigt die Spannung: der L-GAV soll erneuert werden. unia-Leute demonstrieren in Koch- und Servicekleidung bei Gastrosuisse. Eine von zahlreichen Aktionen, mit der die Gewerkschaft öffentlichen Druck aufbaut. Und endlich geht es vorwärts bei den Löhnen. Die Vertragspartner einigen sich auf einen grossen Sprung nach oben: fast 20 Prozent mehr für Ungelernte.

OPTIMISTISCH. Der grösste GAV der Schweiz hat eine lange und bewegte Geschichte. Der erste Vertrag entsteht 1919, wird jedoch nicht erneuert. Der nächste tritt 1974 in Kraft. Nach 1998 wird der Vertrag regelmässig erneuert, mit grossen Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung. Letztmals 2017. Denn 2019 lässt Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzler die Verhandlungen platzen. Der Stein des Anstosses: Die Unia und die Syna unterstützen Initiativen für kantonale Mindestlöhne. Der Ex-Oberbeizer reagiert mit einer Totalblockade. Davon hält der neue Gastrosuisse-Präsident, Beat Imhof, wenig: «Mit Blockaden gibt es nichts zu gewinnen.» Doch ob er «zu den Guten gehört», wie Gastrofrau Alessandra Cesari sagt, muss er in den neuen Verhandlungen erst noch beweisen (Seite 5).

Kantone rechnen sich systematisch arm Nicht Pech, sondern Politik!

Statt Milliarden-Verlust Milliarden-Gewinn. Seit Jahren verteilen die Kantone mit Schlecht-Budgetierung Millionen von unten nach oben um. Und sie machen munter weiter.

CLEMENS STUDER

Würden die Kantonsregierungen beim «Samschtig-Jass» mitmachen, würden sie eine schlechte Falle machen. Dort wird der Differenzler gespielt. Für Nichtjassende: Die Spielenden sagen aufgrund ihrer Karten voraus, wie viele Punkte sie am Ende der Runde haben werden. Je kleiner die Differenz zwischen angesagter und erreichter Punktezahl, desto besser.

Wären die Budgettierenden in den Kantonen Jasserinnen und Jasser, wären sie schlechte bis lausige. In den vergangenen fünf Jahren lagen im Schnitt rund 5,3 Prozent zwischen «Ansage» (Budget) und Resultat (Rechnungsabschluss). Das ist nicht Pech, sondern Politik. Denn verrechnet wird praktisch immer in die gleiche Richtung: Zuerst rechnen sich die Kantone im Budget arm, um dann wesentlich bessere Abschlüsse vorzulegen. Die Folge: Die rechten Parlamentsmehrheiten kürzen wegen des herbeibudgetierten «Spardrucks» beim Service public und der sozialen Sicherheit. Und die gleichen Mehrheiten verteilen dann nach den «überraschend guten» Abschlüssen Steuer geschenke an Reiche und Unternehmen.

Obwohl der Trick längst aufgefliegen ist, machen die Kantone weiter.

TRICK «SCHULDENBREMSE»

Wie der Bund verfügen auch die meisten Kantone über sogenannte Schuldenbremsen. Die Bundesschuldenbremse funktioniert grob so: Macht der Bund finanziell vorwärts – entsprechend pessimistisch budgetieren hilft! –, müssen Überschüsse zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Sie dürfen nicht in den Folgejahren investiert werden. Defizite hingegen müssen in den folgenden Jahren ausgeglichen werden. Die kantonalen Schuldenbremsen sind im Detail unterschiedlich ausgestattet, haben aber den gleichen Effekt: Um die Steuern von Reichen und Firmen zu senken, ist Geld da, für die nötigen Ausgaben im Interesse der Mehrheit, etwa in den Bereichen Bildung, Langzeitpflege oder Prämienverbilligungen, fehlt aber angeblich das Geld. Die Expertinnen und Experten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) analysieren die Kantonsfinanzen seit Jahren präzise. Eben ist die neueste Studie erschienen. Sie kann hier heruntergeladen werden: rebrand.ly/sgb-kantonsfinanzen. Für das Jahr 2024 rechneten alle Kantone gemeinsam mit einem Defizit

So schlecht «rechnen» die Kantone

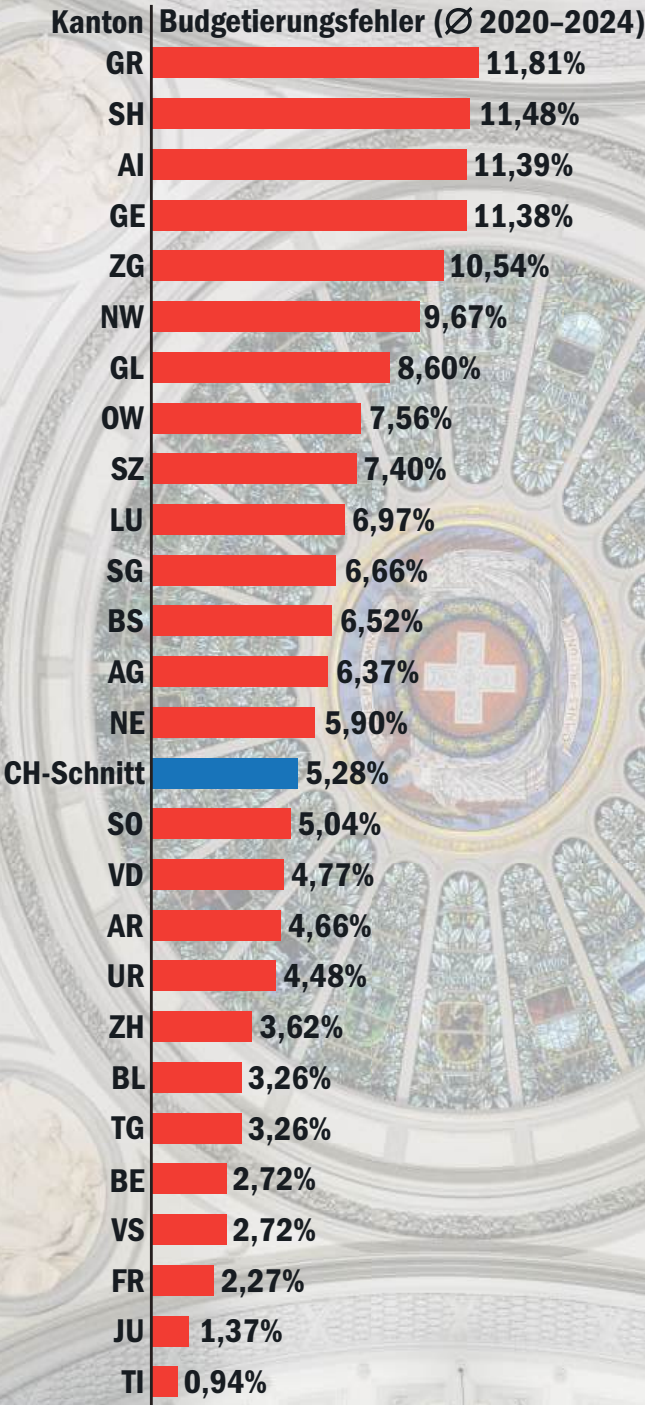


FOTO: ALAMY

von 1,3 Milliarden Franken, tatsächlich erzielten sie jedoch einen Überschuss von 1,1 Milliarden Franken: eine Differenz von 2,4 Milliarden Franken. Dieses wiederkehrende Muster der Unterbudgetierung zieht sich durch die vergangenen Jahre. Die obenstehende Tabelle zeigt die prozentuale Abweichung über die vergangenen fünf Jahre pro Kanton auf. Und obwohl der Trick längst aufgefliegen ist, machen die bürgerlichen Mehrheiten in den Kantonen unverdrossen weiter: 18 von 26 Kantonen haben für das Budgetjahr 2026 erneut ein Defizit budgetiert. Zusammen rund 858 Millionen Franken. Und in zwei Jahren werden wir wieder die «überraschenden Überschüsse» zusammenzählen können. Ausser die bürgerliche

Abbaubaupolitik wird beim Bund wie bei den Kantonen gestoppt.

ÜBERSCHÜSSE GEHÖREN DEM VOLK

Der SGB fordert die Kantone auf, «ihre Einnahmen ehrlich und realistisch zu budgetieren, statt künstliche Defizite zu schaffen». Denn öffentliche Mittel sollen der breiten Bevölkerung zugute kommen, nicht den Reichsten. Das heisst konkret: Statt weiterer Steuergeschenke an Konzerne und Superreiche muss die Kaufkraft der Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen gestärkt werden. Zum Beispiel mit Entlastung bei den Krankenkassenprämien, höheren Betreuungsgutschriften und besseren Leistungen für Familien.

Chance zur Stärkung der Schweizer Industrie vertan SBB vergibt Milliarden nach Deutschland

Die SBB wollen Doppelstockzüge im Wert von 2,1 Milliarden Franken bei Siemens Mobility in Deutschland bestellen. Jetzt fordert die Unia Erklärungen.

IWAN SCHAUWECKER

Die SBB vergeben einen Auftrag für 116 neue Doppelstockzüge im Umfang von 2,1 Milliarden Franken an die deutsche Siemens Mobility. SBB-CEO Vincent Ducrot (63) begründete den Entscheid mit den tieferen Kosten, dem Betriebsaufwand und dem besseren Abschneiden von Siemens in Sachen Nachhaltigkeit gegenüber dem Schweizer Konkurrenten Stadler Rail.



WILL ANTWORTEN: Unia-Präsidentin Vania Alleva.

FOTO: GAETAN BALLY

Die Preisdifferenz zwischen Stadler und Siemens beträgt dabei lediglich 0,6 Prozent. Obwohl Stadler Rail mit 6000 Mitarbeitenden in der Schweiz produziert und durch einen Firmen-GAV Mindestlöhne und faire Arbeitsbedingungen sicherstellt, haben die SBB die Ostschweizer

Firma bei der Nachhaltigkeit und der Instandhaltung schlechter bewertet als Siemens mit seinem Produktionsstandort im deutschen Krefeld.

UND DIE NACHHALTIGKEIT?

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Die SBB haben als öffentliches Unternehmen eine Verantwortung bezüglich der Nachhaltigkeitsziele und auch der Arbeitsbedingungen im Rahmen solcher Aufträge.» Die Unia fordert von SBB und Bundesrat deshalb eine öffentliche Erklärung zu den entscheidenden Bewertungskriterien. Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB), dem die SBB unterstehen, sieht vor, dass die Nachhaltigkeit in

Form sozialer, ökologischer und strategischer Kriterien berücksichtigt wird. Der Bundesrat nennt in seiner Botschaft zum Gesetz explizit «die Berücksichtigung von Unternehmen, die zu einer Stärkung des inländischen Werk- und Ausbildungsplatzes beitragen und wirtschaftliche Innovationen fördern».

Auch für Stadler-Chef Peter Spuhler (66) ist der Entscheid «unverständlich». Spuhler erklärte, man werde die Bewertungskriterien der SBB «seriös analysieren» und innert 20 Tagen einen Rekurs beim Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen einreichen, falls sich der Verdacht einer zu tiefen Bewertung bestätige.



FOTO: KEYSTONE (1) / MANU FRIEDERICH (3) / LUCAS DUBUIS (2) / JAKOB INEICHEN (1) / UNIA (2)

Trotz steifem Gegenwind: Die nationale Bau-Protestwelle rollt Noch eine Runde!

Der Bau ist in Bewegung – und wie! Über 12 000 Bauarbeiter demonstrierten in den letzten Wochen für familienfreundliche Arbeitszeiten; rund 1500 Baustellen standen still. Jetzt verbreiten einzelne Meister Fake News. Und es gibt noch keinen Durchbruch am Verhandlungstisch.

JONAS KOMPOSCH

Es ist so weit! Der Kampf um die Baubranche ist definitiv in der heissen Phase angelangt. Schon in sieben Städten gab es Demos, in Bellinzona, Bern, Genf, Lausanne, Freiburg, La Chaux-de-Fonds und in Basel. Am Freitag folgt mit Zürich die achte Stadt. Erwartet wird abermals ein Grossaufmarsch. Schon die Tessiner Baukollegen haben gut vorgespart: Am 20. Oktober standen im Südkanton rund 90 Prozent der «cantieri» still, und 2500 Muratori versammelten sich zu einem Protest. Dann zeigte auch Bern, dass es mehr als eine behäbige Beamtenstadt ist: Am 31. Oktober zogen 800 Búezerinnen und Búezer durch die Innenstadt, auch in Hör- und Sichtweite des Bundeshauses, und kein Kran drehte auf den gegenwärtig rund 70 Baustellen der Hauptstadt. So rigoros sei dort schon jahrelang keine Arbeitsniederlegung mehr durchgezogen worden, sagen Berner Bauleute.

TROTZ TÄUSCHUNGSMANÖVERN

Eindrücklich sind auch die Zahlen aus der Romandie, wo die Protestpause gleich auf zwei Tage am Stück verlängert wurde: 7000 Maurer

und Strassenbauer aus allen welschen Kantonen beteiligten sich, allein in Lausanne gingen 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Strasse, 2000 waren es in Genf. Auch im Jurabogen hiess es auf 80 Prozent der Bauplätze: «Rien ne va plus».

Sogar bis ans Gotthardmassiv brandete die Protestwelle, genauer bis an die bergmännischen Portale der künftigen zweiten Strassenröhre: Sowohl in Göschenen als auch in Airolo verschränkten am 4. November die Mineure und Tunnelbauer ihre Arme. Am Furkatunnel herrschte tags darauf eine so grosse Streikangst unter

Morgen sind alle Augen auf Zürich gerichtet: auf die nächste Demo der Bauleute.

den Chefs, dass sie präventiv die Polizei bestellen. Doch ausser Spesen nichts gewesen. Letzten Freitag zogen schliesslich auch die Bauleute beider Basel und des Aargaus nach. Und das, obwohl dort in vielen Betrieben ein Klima der Angst herrschte. Die Unia hat eine lange Liste mit Aussagen von Búezern erstellt. Alle berichten von massiven Druckversuchen und Täuschungsmanövern. Ein Polier aus Kaiseraugst etwa sagte: «Vor dem Protesttag sollten wir gegenüber den Gewerkschaftern behaupten, wir würden nicht arbeiten, um sie zu täuschen. Dann sollten wir erst um 9.30 Uhr anfangen.» Oder ein Arbeiter aus dem Baselbiet: «Wir mussten uns vor Arbeitsbeginn in zwei Reihen aufstellen: Wer am Protest teilnehmen will, nach rechts – wer nicht, nach links. Das war reine Einschüchterung.»

ERFUNDENE BASEBALLSCHLÄGER

Doch der Plan schlug fehl. In allen drei Kantonen ruhte ein Grossteil der Baustellen, 1000 Berufsleute demonstrierten. Mit manchen Meistern ging deshalb die Phantasie durch.

«Dutzende Vermummte stürmten Baustelle mit Baseballschlägern.» So zitierte die

«Basler Zeitung» Daniel Allemann, den Basler Baumeisterpräsidenten. Die lokale Unia dementierte sofort, es handle sich um einen «hilflosen Versuch, den Protest der Bauarbeiter zu diskreditieren». Auch die Kapo Basel-Stadt hat keine Baseballschläger gesichtet, überhaupt sei während des ganzen Tages «keine Intervention erforderlich» gewesen. Jetzt gibt auch Allemann zu: «Einen Baseballschläger habe ich selbst nirgends gesehen.» Auch Beweisfotos habe er keine. Die Info habe ihm eine Mitgliedsfirma zugetragen. Gerne hätte work direkt nachgefragt. Doch Allemann will partout nicht sagen, wer die angeblichen Schläger gesichtet hat. Zudem fällt auf: Drei Tage später wiederholt Allemann seine Behauptung im Radio SRF. Doch nun sollen die Unia-Leute plötzlich «mit Stöcken bewaffnet» gewesen sein. Wieder bleibt Allemann jeden Beweis schuldig.

DAS IST DIE GANZE GESCHICHTE

Was wirklich geschah: Die Bauleute schwenkten Unia-Fahnen (mit Fahnenstangen!). Zu einer brenzligen Situation kam es aber tatsächlich: Auf einer Basler Grossbaustelle hatte ein Polier seine gesamte Mannschaft in einen Pausenraum eingesperrt! Das führte zu riesiger Empörung unter Kollegen, die ihre Arbeit niedergelegt hatten. In der Folge kam es auf der Baustelle zu einigen Sachbeschädigungen. «Wir bedauern diesen Vorfall», sagt Unia-Bauchef Nico Lutz dazu. Doch man müsse auch die Relationen sehen. «In den letzten Wochen standen rund 1500 Baustellen still, und nirgends sonst ist es zu solchen Konflikten gekommen.» Juan Gomez, Bauarbeiter und Präsident der Unia-Baugruppe Aargau-Nordwestschweiz, sagt: «Wir verurteilen die Freiheitsberaubung von Basel aufs schärfste, es handelt sich um eine unzulässige Einschüchterung von Arbeitnehmenden, die ihr verfassungsmässiges Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen wollten. Das rechtfertigt aber keine Eskalation auf der Baustelle.» So viel zum Arbeitskampf. Doch was passiert am Verhandlungstisch?

Die ursprünglich geplanten fünf Verhandlungsrunden verliefen bekanntlich ergebnislos. Und der Baumeisterverband (SBV) brauchte für weitere Gespräche zuerst ein Mandat seiner Delegierten. Dieses wurde ihm nun erteilt, weshalb es letzten Montag endlich weiterging. Es gibt sowohl Fort- wie auch Rückschritte. Bei den Punkten bezahlte Reisezeit und Zünipause gibt es Vorschläge einer gemeinsamen technischen Arbeitsgruppe, aber noch keine Lösung. In anderen wichtigen Punkten macht die SBV-Spitze weiter auf stur. Oder verdreht die Realität: Man sei verschiedentlich «kompromissbereit», behauptete der SBV schon Ende Oktober. Tatsächlich hatte er bloss seine Verschlechterungsvorschläge leicht abgeschwächt. Ein Beispiel: Ursprünglich wollten die Meister den Kündigungsschutz ab 55 Jahren abschaffen. Dann merkten sie, dass sie damit nie durchkommen würden – und präsentierten als «Kompromiss» einen Kündigungsschutz neu ab 60. Absurd. Denn dann beginnt das Rentenalter!

DAS ANGEBOT DER GEWERKSCHAFTEN

Sogar unverändert sind einige der extremsten SBV-Positionen: Nach wie vor will er die Mindestlöhne für junge Fachkräfte bis fünf Jahre nach der Lehre um bis zu 25 Prozent unterschreiten. Damit würde eine gelernte Fachkraft weniger verdienen als ein Hilfsarbeiter ohne einen Tag Erfahrung! Doch auch Bauarbeiter ohne Fachkenntnisse (Kategorie C) sollen bluten. Sie sollen künftig nach drei Jahren nicht mehr automatisch in die Lohnklasse B (mit Fachkenntnissen) steigen. Beides ist für die Gewerkschaften ein No-Go.

Um rasch zu einer Lösung zu kommen, machten Unia und Syna am Montag ein Angebot: Verlängerung der Sitzung bis in den späten Abend hinein und Weiterverhandlung schon am Folgetag. Doch die Meister lehnten ab. Morgen sind deshalb alle Augen auf Zürich gerichtet. Um 12.30 Uhr beginnt der Marsch der Bauleute.

Streik bei Starbucks

SEATTLE. Die gewerkschaftlich organisierten Barista-Beschäftigten von Starbucks in den USA haben mit 92 Prozent Ja-Stimmen für einen unbefristete-



ten Streik gestimmt. Die Abstimmung von «Starbucks Workers United» erfolgte, weil die Forderungen nach mehr Personal und Lohnerhöhungen sowie arbeitsrechtliche Klagen der Angestellten seit Monaten ignoriert werden. Der US-Konzern sorgt mit Sparmassnahmen und der Schliessung von weltweit Hunderten von Standorten für weiteren Unmut bei der Belegschaft. Auch in der Schweiz hat Starbucks zuletzt zwei Filialen in Basel und Zürich kurzfristig geschlossen. 2024 machte der Konzern 3,7 Milliarden US-Dollar Gewinn.

An EU-Mindestlohnrichtlinie gerüttelt

LUXEMBURG. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die EU-Mindestlohnrichtlinie für gültig erklärt. Einzig bei zwei Bestimmungen gab das Gericht Dänemark recht, das gegen die ganze EU-Richtlinie geklagt hatte. Dabei geht es einerseits um Kriterien zur Festlegung und Aktualisierung der Mindestlöhne und andererseits um eine Vorschrift, die eine Senkung der Löhne verhindert, wenn sie einer automatischen Indexierung unterliegen. Die Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitnehmer vor Armut wurde 2022 von 24 der 27 EU-Staaten per Mehrheitsentscheid beschlossen.

Misstände bei «MitMänsch»

BRIG. Überbelastung, Dauererreichbarkeit, mangelhafte Kommunikation. Überstunden und fehlende Wertschätzung. Von diesen Misständen berichten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Institution «MitMänsch» im Oberwallis. Das regionale Wohn-, Arbeits- und Schulangebot für Menschen mit Beeinträchtigung verlangt eine anspruchsvolle Betreuungsrbeit, die laut den Angestellten immer mehr an Qualität verliert. Nun fordern die Gewerkschaften Unia und Syna rasches Handeln und suchen das Gespräch mit der Leitung von «MitMänsch», um idealerweise einen Gesamtarbeitsvertrag auszuhandeln.

Einbürgerungen: Bundesrat sagt Nein

BERN. Die Demokratie-Initiative fordert, was schon lange überfällig ist: Der Einbürgerungsprozess soll einheitlicher und einfacher werden, auch dass sich mehr Menschen an demokratischen Entscheidungen in der Schweiz beteiligen können. Der Bundesrat hat nun die Nein-Parole zur Initiative beschlossen. Er fordert die Kantone lediglich dazu auf, sich besser zu koordinieren und Ungleichheiten zu beseitigen. Die Chancen im Einbürgerungsprozess sind von Ort zu Ort sehr unterschiedlich und abhängig von den Bestimmungen im Kanton und politischen Entscheidungen auf Gemeindeebene. Im nächsten Jahr stimmen Schweizerinnen und Schweizer über die Demokratie-Initiative ab.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Kanton Solothurn unterstützt Stahl Gerlafingen



IHRE HILFERUFE WURDEN ERHÖRT: Büezer an der Protestaktion zur Rettung von Stahl Gerlafingen im Oktober 2024 in Bern. FOTO: MANU FRIEDERICH

Letztes Jahr haben die Büezerinnen und Büezer des Stahlwerks Gerlafingen erfolgreich für «ihr» Stahlwerk gekämpft. Mit Erfolg: Der Bund sicherte die finanzielle Unterstützung zu. Doch nur, wenn auch die Kantone mitziehen würden. Jetzt hat der Solothurner Kantons-

SP und Grüne waren geschlossen dafür, geschlossen gegen die Büezer stimmte die GLP.

rat dem Unterstützungsbeitrag von 4,6 Millionen Franken für Stahl Gerlafingen mit 63 Ja zu 24 Nein zugestimmt. SP und Grüne waren ge-

schlossen dafür, die Mitte, FDP und SVP gespalten. Geschlossen gegen die Büezerinnen und Büezer stimmte die GLP. Im Kanton Luzern wird das Parlament voraussichtlich im Januar über die Unterstützung des Stahlwerks in Emmenbrücke entscheiden. Die Stahlindustrie in der Schweiz beschäftigt über 1000 Mitarbeitende, leistet einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und liefert einheimischen Stahl für die Bauwirtschaft und die Maschinenindustrie.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/stahl-solothurn

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Mehr Sonntagsarbeit? Das kommt nicht in die Tüte!

Über 9000 Menschen haben die Petition «Nein zu mehr Sonntagsarbeit» unterschrieben. Sie wehren sich gegen die Zürcher Standesinitiative «Zeitlich befristete Flexibilisierung der Laden-



PETITION EINGEREICHT: Verkäuferinnen vor dem Bundeshaus. FOTO: MANU FRIEDERICH

öffnungszeiten», die jährlich zwölf Sonntage zu Arbeitstagen umfunktionieren will und derzeit im Parlament diskutiert wird. Das Verkaufspersonal wehrt sich entschlossen gegen diese Ausweitung. Ende Oktober übergaben die Verkäuferinnen und Verkäufer mit den Gewerkschaften Unia und Syna ihre Petition der Bundeskanzlei in Bern. Unter dem Deckmantel der «Telearbeit» sind im Parlament weitere Angriffe auf den arbeitsfreien Sonntag geplant.

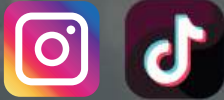
Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/sonntagsarbeit-nein

Jahrestag der serbischen Tragödie

Es ist der 1. November 2025, 11.52 Uhr in Novi Sad. Vor dem Bahnhofsgebäude liegen Blumen und Kerzen, Menschenmassen füllen ganze Strassen der Stadt. Der Grund für das Zusam-

Der geteilte Dienst: Folge einer falschen Pflegefinanzierung

Viele Pflegende hassen sie, die geteilten Dienste. Doch warum gibt es diese Dienste überhaupt? Sie sind die Folge einer falschen Pflegefinanzierung, die keinen Spielraum für Menschlichkeit zwischen Pflegern und Bewohnerinnen lässt. Was genau schiefläuft, erklärt work in einem vielbeachteten Video auf Tiktok und Instagram. Die Pflegenden kommentieren fleissig, was das für ihren Arbeitsalltag bedeutet.



@workzeitung

Wenn nur die Politiker endlich verstehen würden, dass das System bald kollabiert, sofern sich nichts ändert.
Mery

Der geteilte Dienst macht die ganze Lebensqualität kaputt. Du bist den ganzen Tag reserviert und kommst nicht zur Ruhe.
Elli_bosankaa

Solange wir nur reden und nicht handeln, ändert sich nichts.
Gina

Ich finde den Dienst optimal. Es ist halt immer eine Frage der Lebenssituation.
Maybe Fawn

Die Alterspflege darf einfach kein gewinnbringendes Geschäftsmodell sein.
Rara

Ich bin froh über den geteilten Dienst. So habe ich am Nachmittag Zeit zum Schlafen.
Dobbeli1

Ich bin bei der Demo dabei.
Sevim Känzig



IMPOSANT: Die Menschenmassen am 1. November in Novi Sad. FOTO: KEYSTONE

menkommen ist die Trauer. Die Menschen gedenken mit 16 Schweigeminuten den 16 Menschen, die genau

vor einem Jahr beim Einsturz eines frisch renovierten Bahnhofs-daches ums Leben kamen. Die Tragödie war ein Wendepunkt für viele Serbinnen und Serben. Denn Untersuchungen haben bestätigt: Der Bau des Daches wies massive Mängel auf. Für die Bevölkerung Serbiens liegt die Schuld dieser Katastrophe bei der korrupten Regierung, allen voran bei Präsident Aleksandar Vučić. Seither protestiert die Bevölkerung, ihr Präsident zeigt sich von den Menschenmassen weiterhin unbeeindruckt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/serbien-protest

Baume-Schneider im work-Interview

Was sagt Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zum Unmut der Pflegenden, zur stockenden Umsetzung der Pflegeinitiative, zu den stets steigenden Prämien und zu den Krankenkassen-Chef-löhnen, die im Volk für Ärger sorgen? work hat der Gesundheitsministerin im Video-Interview auf den Zahn gefühlt.

Video auf workzeitung.ch
rebrand.ly/baume-schneider



ALESSANDRA CESARI: Sie weiss, was sich an den Arbeitsbedingungen in der Gastronomie ändern muss.
FOTO: TOM ULRICH

Meilenstein für Alessandra Cesari und 250 000 weitere Gastro-Büezerinnen

Einmal GAV mit Extralohn, bitte!

Gute Nachrichten für alle Köchinnen, Serviceangestellte oder Barkeeper: Nach Jahren kommt endlich Bewegung in die Verhandlungen um den Landes-Gesamtarbeitsvertrag für das Gastgewerbe (L-GAV). Servicefachangestellte Alessandra Cesari ist ganz vorne mit dabei.

DARIJA KNEŽEVIĆ
work trifft Alessandra Cesari (52) an einem vernebelten Montagnachmittag in Zürich. Durchgefroren trifft sie im Lokal «Si o No» ein, streift ihre Mütze ab. Die dicken Winterstrumpfhosen geben doch nicht warm genug. Deshalb bestellt sie sich, ohne lange zu überlegen, einen Tee-Rum. Der wärme sie gleich doppelt, meint Cesari neckisch. Montags ist in diesem lauschigen Café wenig los, die entspannte Stimmung geniesst sie. Ihr freier Tag ist nämlich immer fix der Montag, dann erholt sie sich und widmet sich ihrer Leidenschaft: kreativ sein für Kunst und Kultur. An den restlichen Wochentagen steht sie in den Zürcher Gemeinschaftszentren (GZ) Buchegg und Hirzenbach hinter der Theke und arbeitet festangestellt als Servicefachangestellte. Einsätze am Wochenende hat sie selten. Die Arbeit bei den GZ ist für sie ein Volltreffer: «Ich geniesse viele Privilegien in diesen Betrieben. Geregelte Arbeitszeiten, zuverlässige Schichtpläne, einen angemessenen Lohn. Leider ist das nicht selbstverständlich, deshalb setze ich mich für einen guten L-GAV ein.» Damit spricht Cesari das Thema an, das die Gewerkschaften seit Mai 2019 beschäftigt: Seither blockiert der Arbeitgeberverband Gastrosuisse jegliche Verhandlungen. Das ändert sich jetzt. Warum engagiert sich Cesari für den L-GAV? «Wir verdienen alle gute Arbeitsbedingungen. Unser Job in der Gastro ist hart. Und Chefs und Gäste haben immer weniger Respekt.» Sie

schöpft Motivation aus ihrem gewerkschaftlichen Engagement. Kürzlich war sie als Teil der Interessengruppe Unia-Frauen am Kongress der Gewerkschaft in Brig. Dieses Zusammenkommen hat ihr vor Augen geführt: «Hinter der Gewerkschaft stehen viele Menschen, und wir gemeinsam können viel verändern.»
PALETTE AN KOMPETENZEN
Cesari kennt auch die Schattenseiten der Gastronomie. Sie ist vor sieben Jahren aus Bologna, wo sie Soziologie mit Schwerpunkt Menschenrechte studierte, nach Zürich gezogen. Sie jobbte anfangs in grossen und angesehenen Gastroketten in der Stadt. Sie erzählt Horrorgeschichten aus der Gastro, dabei flammt ihr Temperament auf. Im Redefluss füllt sie Satzlücken mit einzelnen Wörtern auf italienisch. Ihre Hände wärmt sie am dampfenden Tee-Rum, schliesslich traut sie sich, einen kleinen Schluck zu nehmen. Sie erzählt weiter, wie gerade das Thema Sprachkurs zu ihrer Anfangszeit in der Schweiz ein ständiges Konfliktthema am Arbeitsplatz war: Einerseits erwartete ihr Betrieb, dass sie sprachlich besser werde, andererseits gab der Betrieb ihr weder finanzielle Unterstützung noch genügend Zeit, um regelmässig einen Deutschkurs zu besuchen. Cesari: «Das war der Ort, wo ich als Migrantin Klassismus erleben musste.» Das Thema Aus- und Weiterbildung liegt ihr am Herzen. Sie kennt die Ausgangslage aus erster Hand: Ausländische Diplome sind hierzulande oft wertlos, und viele müssen von null starten. Zudem musste sie häufig erleben, dass das Personal im Gastgewerbe als dumm abgestempelt wurde. Dabei ist klar: «In der Gastro braucht man viele Kompetenzen. Wir arbeiten körperlich und müssen dabei sozial, kommunikativ, freundlich und empathisch sein.» In der Zwischenzeit hat sie ihren Tee-Rum ausgetrunken, und im vernebelten Zürich drückt die Sonne durch. Beste Voraussetzungen, den freien Nachmittag zu geniessen. Und so bricht Cesari auf. Wenige Tage später ist Cesari in Bern. Als Botschafterin für das Gastgewerbe spricht sie

«Chefs und Gäste haben immer weniger Respekt.»
GASTRO-FRAU ALESSANDRA CESARI

Forderungen: Das wollen die Gewerkschaften

- **Löhne:** Erhöhung der Mindestlöhne, automatischer Teuerungsausgleich sowie Anerkennung Berufserfahrung und ausländische Diplome
 - **Arbeitszeit:** Einheitliche 40-Stunden-Woche und Zuschläge für Sonntagsarbeit
 - Regelmässige **Ruhetage** und verlässliche **Wochenendplanung**
 - Schriftliche Arbeitsverträge und **geregelter Arbeitspensen**
 - Stop **sexuelle Belästigung**
 - Längerer **Mutter- und Vaterschaftsurlaub**
 - **Lernende** unter den L-GAV
- (dak)

vor der Presse über ihre Arbeit. Denn endlich kommt Bewegung in die L-GAV-Blockade. Nach über sechs Jahren sind die Sozialpartner wieder bereit, die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie mittels L-GAV zu verhandeln. Ex-Präsident Casimir Platzer sah keine Dringlichkeit, das Gespräch mit den Gewerkschaften zu suchen und die Arbeitsbedingungen zeitgemäss zu gestalten. Mit dem neuen Präsidenten Beat Imhof schöpfen die Verhandlungspartner sowie Angestellte im Gastgewerbe Hoffnung.
DER GRÖSSTE GAV DES LANDES
Auch Cesari hatte bereits die Möglichkeit, Imhof persönlich kennenzulernen. Ihr erster Eindruck: «Es war auf jeden Fall ein starkes Zeichen, dass er sich auf ein Gespräch mit den Unia-Mitgliedern eingelassen hat. Ob er zu den Guten gehört oder nicht, kann er jetzt in den Verhandlungen beweisen.» Verhandlungsstart für den L-GAV ist der 18. November. Ein wichtiger Tag für die involvierten Gewerkschaften Unia, Syna und die Hotel & Gastro Union. Denn dieser Gesamtarbeitsvertrag ist der grösste der Schweiz und regelt die Arbeitsbedingungen von 250 000 Angestellten im Land. Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito betont deshalb: «Verbesserungen beim Lohn, bei den Arbeitszeiten und -bedingungen sind dringend notwendig. Einerseits, um die Branche wieder attraktiv zu machen, andererseits, um den grossen Einsatz des Personals angemessen zu honorieren.»



Laura und das Versprechen

Für mein Kunststudium hatte ich die Gelegenheit, eines meiner Unia-Gspönli zu interviewen, das sich sehr aktivistisch engagiert. Ein Satz aus diesem Gespräch blieb mir besonders im Gedächtnis: «Sobald ich die Haustür hinter mir schliesse, bin ich politisch.» Das war bedeutend für mich. Vor einigen Wochen bin ich auf ei-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

nen ähnlichen Satz der US-amerikanischen Comic-Autorin Alison Bechdel gestossen: Das Private ist politisch. Im krassen Kontrast dazu ist die Äusserung, die mir ebenfalls häufig begegnet, insbesondere an meinem Arbeitsplatz: «Ich bin nicht politisch interessiert, oder es betrifft mich nicht.» Wie kann das sein? Hat die Politik nicht Einfluss auf jeden Menschen? Unabhängig davon, ob wir berufstätig sind oder nicht? Egal, ob gerade gesund oder krank? Hat die Politik nicht auch Einfluss auf die, die Kinder haben oder kinderlos bleiben möchten, auf die gesamte Care-Arbeit und vieles mehr? Das Frühstück hat mit Politik zu tun, die Znünpause, der Heimweg, die Wohnung...
FRUSTRIERTES NEIN. Politik legt unsere Lebensweise fest, im Job und im Privatleben. Sie legt fest, inwieweit wir uns als Persönlichkeit öffnen können oder wann wir Angst haben sollten. Hinter jeder Haustür verbirgt sich ein Bedürfnis oder ein Problem, das nach einer Lösung verlangt, und wir können bei diesen Lösungen mitbestimmen. Vor einem Monat habe ich in einem Spital ein gutes Beispiel erlebt. Ich holte meine Mutter ab, nachdem sie eine Zeitlang dort in Behandlung war, und sie erzählte mir, dass sie den enormen Stress des Pflegepersonals gespürt habe. Alle waren super nett und sehr kompetent, aber der Personalmangel war offensichtlich. Ich hatte kurz die Gelegenheit, mich mit einer Person vom Spital auszutauschen, und diese bestätigte mir das offen. Ihre Empfehlung: Meine Mutter solle doch das schriftlich der Spitalleitung mitteilen. Je mehr Beschwerden eingehen, desto besser. Vielleicht hilft das. Ich sprach dann mit der Pflegerin über die geplante Pflegedemo am 22. November in Bern. Doch sie schüttelte energisch den Kopf und sagte, wenn sie mitmachen würde, riskiere sie ihren Job. Das war ein klares und erkennbar frustriertes Nein. Mein Unia-Gspönli und Alison haben recht: das Private ist politisch. Zum Beispiel dann, wenn wir Angst haben müssen, unsere Meinung auf die Strasse zu tragen. Ich habe der Pflegerin im Spital mein Wort gegeben: Ich gehe nach Bern. Selbst wenn ich nicht im Pflegebereich tätig bin, betrifft es uns alle.



EINZIGARTIG: Im Centro Sociale Onsernonese im Tessin reden die Bewohnerinnen und Bewohner mit. FOTO: PD

Pflege, wie sie sein muss: Ein wildes Tal macht's vor «Immer clevere Lösungen finden»

Mehr Zeit, mehr Autonomie – und manchmal hilft auch der Postautochauffeur mit. Das Altersheim im Tessiner Onsernonetal zeigt, wie gute Pflege gelingt.

CHRISTIAN EGG

Im steilen Onsernonetal im Tessin, westlich von Locarno und an der Grenze zu Italien, gibt es wilde, unberührte Natur – und eines der fortschrittlichsten Altersheime der Schweiz. Im Centro Sociale Onsernonese (CSO) reden die Bewohnerinnen und Bewohner mit. Sie entscheiden selber, wo sie sich aufhalten, wann sie essen, ob sie Unterstützung brauchen, ob sie im Betrieb mithelfen. Beppe Savary-Borioli, ärztlicher Leiter und Mitgründer, sagt: «Wir



ENGAGIERT: CSO-Mitgründer und Heimleiter Beppe Savary-Borioli. FOTO: PD

wollen den Leuten so gut wie möglich das Gefühl geben, dass sie hier zu Hause sind.» Die «residenti» sollen ihre Autonomie behalten, solange es geht.

Savary-Borioli, seit über 40 Jahren Haus- und Notarzt im Tal, wäre eigentlich seit 2017 pensioniert. Doch wegen Nachfolgeschwierigkeiten stieg er 2023 wieder ein. Heute ist er 73 und spricht mit jugendlicher Begeisterung vom Zentrum. Dieses umfasst die Praxis, die er zusammen mit einer Kollegin betreibt, Physiotherapie, einen Spitez-Dienst und, nicht zuletzt, ein Restaurant.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen sind die Türen im Heim immer offen. Für die Bewohnenden, aber auch für Leute ausserhalb. Besuchszeiten gibt es nicht, fixe Essenszeiten auch nicht. Niemand muss um 17 Uhr Znacht essen wie in anderen Heimen. Auch einen Aufenthaltsraum hat das Centro nicht. Dafür einen geräumigen Eingangsbereich, der auf eine Piazza führt. Savary-Borioli erklärt: «So sehen die Leute, was läuft. Sie nehmen am Leben teil.» Klar, es sei auch schon passiert, dass eine verwirrte Person weggelaufen sei. «Dann sagen uns das die anderen Bewohnerinnen und Bewohner.» Oder jemand im Tal gibt Bescheid –

man kennt sich halt. Ein mittlerweile verstorbener Bewohner, sagt Savary-Borioli, sei pensionierter Berufsmilitär gewesen und jeden Tag mehrere Kilometer marschiert. Einmal sei er vom Regen überrascht worden. «Als er plötzlchnass die Strasse hinaufging, kam von hinten das Postauto. Der Fahrer hielt an und sagte: «Du willst doch ins Centro. Komm, steig ein.»»

«WIR HÖREN ZU»

Am wichtigsten für die Lebensqualität im Heim sind die Bedingungen, unter denen die Pflegenden arbeiten. Gute Pflege braucht Zeit. Die gebe es – jedenfalls mehr als anderswo, sagt Laure Kaspar. Die 35jährige ist seit vier Jahren Pflegefachfrau am CSO und sagt: «Wenn

«Wenn wir merken, dass jemand etwas auf dem Herzen hat, hören wir zu.»

PFLEGEFACHFRAU LAURE KASPAR

man mehr Zeit dafür, an anderen weniger. Aber, und das ist eine der Besonderheiten des Centro Sociale: Für alles, was über die Pflege im engeren Sinn hinausgeht, haben Kaspar und ihre Kolleginnen Unterstützung. Einmal pro Woche kommt eine spezialisierte Pflegefachfrau ins Heim. Sie kümmert sich um soziale, intellektuelle oder emotionale Anliegen der Leute im Heim. Und deckt damit Bedürfnisse ab, die wesentlich sind für eine gute Lebensqualität. Für die aber in vielen Heimen den Pflegenden die Zeit fehlt (zur Vertiefung dieser work-Bericht: rebrand.ly/fachtagung).

CSO-Direktor Michele Beretta sagt, man praktiziere die «frühzeitige Palliativpflege». Gemeint ist das Lindern nicht erst kurz vor Lebensende, sondern früher, und zwar von allen Symptomen, die die Lebensqualität beeinträchtigen. «Dazu gehören auch Kummer oder Einsamkeit.» So sei es eine Pflege fürs Leben und nicht für das Ende des Lebens.

REZEPTE GEGEN DEN STRESS

Unia-Mitglied Laure Kaspar zählt weitere Vorteile auf. So mache das Heim Ernst mit der Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner: «Alle haben ihren eigenen Pflegeplan. Der basiert auf ihren Werten und legt fest, was wir machen.» Erarbeitet und angepasst werde das Dokument jeweils in einem Gespräch mit allen Beteiligten: die betroffene Person, die Pflege, ein Arzt oder eine Ärztin und die Angehörigen. Dann sei der Betrieb auch einfach gut organisiert, mit klaren Zuständigkeiten und Abläufen. Dies vermindere den Stress, besonders wenn Unvorhergesehenes passiere, was in der Pflege immer wieder vorkomme. Auch die Dienstpläne würden vernünftig erstellt: «Unsere Wünsche werden meist berücksichtigt. Und wenn es nötig ist, werden mehr Leute eingeteilt.»

Fachlich will die Gemeinschaft im abgelegenen Bergtal hohen Ansprüchen genügen. Es ist eins von nur zwei Heimen im Kanton, die für palliative Langzeitpflege zertifiziert sind; mehrere Pflegendе haben Zusatzausbildungen in diesem Bereich. Direktor Beretta sagt: «Wissen ist der Rohstoff für das, was wir tun. Des-



FÜR DIE BEWOHNENDEN DA: Pflegefachfrau Laure Kaspar. FOTO: PD

halb investieren wir massiv in die Ausbildung der Leute.» Dafür sucht das CSO jeweils private Sponsoren.

40 Prozent der Pflegekräfte sind diplomierte Pflegefachpersonen; der landesweite Durchschnitt bei Altersheimen liegt bei 27 Prozent. Zudem verzichtet das CSO komplett auf den Einsatz von Temporärmitarbeitenden, zugunsten von mehr Beständigkeit. Das zahle sich aus, so Beretta: Unter den rund 60 Mitarbeitenden gebe es im Schnitt nur zwei bis drei Abgänge pro Jahr.

Wie geht das alles? Schliesslich hängen auch im Onsernonetal die Beiträge von Krankenkassen und öffentlicher Hand von den Pflegestufen der Bewohnerinnen und Bewohner ab – festgelegt nach einem System, das nur Pflegeleistungen im engeren Sinn berücksichtigt, nicht aber das Pflegen einer menschenwürdigen Beziehung (der work-Artikel zum Thema: rebrand.ly/pflege-krise). Direktor Beretta sagt, erst das Zusammenspiel aller Zutaten liefere das gewünschte Ergebnis. Dazu gehörten auch das sorgfältige Erfassen der Symptome, damit von der Arbeit der Pflegenden möglichst viel entschädigt werde. Dank den klaren Strukturen und weil man die Menschen im Heim gut kenne, spare man zudem Zeit.

Enrico Borelli, Co-Leiter Pflege bei der Unia, hat noch eine weitere Zutat festgestellt. Vorletztes Jahr hat er die Pflegenden im CSO zwei Tage lang begleitet. Er sagt: «Alle, die dort arbeiten, tun das mit riesigem Engagement.»

Trotz allem sagt Savary-Borioli: Das Geld sei chronisch knapp. Das mache es nötig, das Geld dort einzusetzen, wo es am meisten bringe. Was er dann sagt, kommt vielleicht dem Geheimnis des «Centro Sociale» am nächsten. «Wir müssen immer clevere Lösungen finden.»

Pflege macht «Fiel Chef

Menschen in Gesundheitsberufen werden besonders oft psychisch krank. Pflegehelferin Salomé Luisier (58) erlitt ein Burnout. Für sie ist klar: Ursache sind die schlechten Arbeitsbedingungen der Branche.

CHRISTIAN EGG

Corona war der Schupf, den Salomé Luisier brauchte. Zwar konnte sie von ihrem Job als selbstständige Coiffeuse gut leben – aber nach über 30 Jahren habe sie die Leidenschaft etwas verloren, sagt sie work. Deshalb folgte sie in der Pandemie dem Hilferuf nach mehr Pflegenden, machte den Kurs zur Pflegehelferin und nahm voller Elan eine Stelle in einem Altersheim an.

Der Entscheid habe sich richtig angefühlt, sagt sie: «Die Pflege ist meine Berufung!» Doch die Bedingungen, unter denen Pflegendе heute arbeiten, machten Salomé Luisier krank. Im vergangenen Oktober erlitt sie ein Burnout und ist seither krank geschrieben. Sie sagt: «Ich bin voll eingestiegen und voll gegen die Wand geknallt.» So wie viele in den Care-Berufen. In keiner anderen Branche müssen sich so viele Mitarbeitende wegen psychischer Probleme behandeln lassen (siehe Text rechts).

NUR ZEIT FÜR MEDIS, ESSEN, WASCHEN

Salomé Luisier ist bereit, ihre Geschichte öffentlich zu machen. Um andere aufzurütteln, damit sich möglichst viele für bessere Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen einsetzen, etwa an der grossen Demo vom 22. November (siehe Kasten). Sie sagt: «Im Altersheim habe ich rasch gemerkt: Was den Leuten am meis-

«Ehrlich gesagt, wir wurden keinem Bewohner auch nur ansatzweise gerecht.»

PFLEGEHELPERIN SALOMÉ LUISIER

ten helfen würde, wäre ein Gespräch.» Aber die Zeit habe nur gereicht für Medikamente, Ernährung und ein Minimum an Körperpflege. Zu zweit mussten sie 15 Bewohnerinnen und Bewohner pflegen. «Ehrlich gesagt, wir wurden niemandem auch nur ansatzweise gerecht.»

Zum Frust kam mangelnde Erholung. Wegen Personalmangels sei sie nicht selten nach einem Spätdienst gleich am nächsten Morgen zum Frühdienst eingeteilt gewesen. Auch die freien Tage waren nie sicher: «Wenn jemand ausfiel, machte der Chef Druck und motzte, bis jemand nachgab und einsprang.»

Die Dauerbelastung hat Folgen. Im August 2023 erlitt Luisier einen ersten Zusammenbruch. «Ich habe nur noch gehult», sagt sie. Ihr Hausarzt schrieb sie krank, wegen Erschöpfung. Von Burnout war noch nicht die Rede.

SPITEK: OFT GRATIS GEARBEITET

Sie wechselte zu einer privaten Spitez. Weil sie dort immer nur eine Person aufs Mal pflegen muss. Sie hoffte, so arbeiten zu können, wie sie es gelernt hat. Doch es zeigte sich: Wie lange sie sich jemandem widmen kann, das ist auf die Minute genau festgelegt. Und oft zu knapp. Besonders perfid: Lohn gab es nur für diese standardisierte Zeit. «Wenn ich etwas länger brauchte, und das war oft so, arbeitete ich gratis.» Dazu kam: Bei der Spitez gab es nur geteilte

Pflegende krank – das muss sich ändern! jemand aus, machte der Druck und motzte»



PFLEGEHELPERIN SALOMÉ LUISIER BAT UM ETWAS PRIVATLEBEN. DOCH: «Sie sagten mir, das sei nicht möglich, wir arbeiteten halt für Menschen. Und ich als Pflegende? Bin ich kein Mensch, oder was?» FOTO: FLORIAN BACHMANN

Dienste. Arbeitsbeginn war frühmorgens, Feierabend erst abends um acht. Dazwischen eine Pause von mehreren Stunden. Die war nicht bezahlt, die Wegzeiten auch nicht. Und immer gab's erst am Freitag den Arbeitsplan für die nächste Woche.

PRIVATLEBEN? WANN DENN?

Für Luisier waren diese Bedingungen unhaltbar als alleinerziehende Mutter einer Tochter im Teenageralter. «Jeder Tag war bis acht Uhr blockiert, dazu jedes zweite Wochenende. Ich hatte kein Privatleben mehr.» Luisier fragte den privaten Betrieb, ob man die Planung so anpassen könne, dass sie nach 15 Uhr keine Einsätze mehr habe. Um Zeit für ihre Tochter und für sich zu haben. Fast zwei Monate lang sei keine Antwort gekommen. Dann eine Absage: «Sie sagten mir, das sei nicht möglich, wir arbeiteten halt für Menschen. Und ich als Pflegende? Bin ich kein Mensch, oder was?»

DAS AHA-ERLEBNIS

Im vergangenen Oktober kam der nächste Zusammenbruch. Diesmal mit der Diagnose Burnout. Sieben Wochen verbrachte sie im Burnout-Zentrum Hasliberg BE. Der Betrieb habe sie beeindruckt. Es seien immer genug Pflegendе eingeteilt gewesen, um zu den Patientinnen und Patienten zu schauen. «So haben sie auch Zeit für Menschlichkeit. Geteilte Dienste oder ähnlichen Gurus gibt es dort nicht. Das hat mir gezeigt: Es geht! Gute Pflege ist möglich.»

Diese Zuversicht schätze sie auch an der Unia, sagt sie. Da treffe sie auf Leute, die nicht nur jammern, sondern Lösungsvorschläge erarbeiten. Etwa mit dem Care-Manifest (work berichtete: rebrand.ly/unia-care-manifest). Luisier macht in der Fachgruppe Pflege mit, seit kurzem ist sie zu-

dem Co-Präsidentin der Unia Aargau-Nordwestschweiz. Gerade in der schlimmsten Burnout-Zeit sei dieses Engagement «ein guter Anker» gewesen, sagt sie.

UND JETZT?

Sie will weiter Care-Arbeit machen. Aber sicher nicht als Pflegendе im aktuellen System, das sie zwingt, Zuwendung zu rationieren. «In der Therapie habe ich gemerkt: Ich kann meine Wertvorstellungen nicht abschalten.» Stattdessen wird sie sich nächstes Jahr zur Sterbe-Doula ausbilden lassen. Das ist eine Art Hebamme fürs Lebensende, erklärt sie. «Du begleitest und unterstützt schwer kranke Menschen und ihre Angehörigen, auf praktischer, sozialer oder emotionaler Ebene.» Sie werde wohl, sagt sie, wieder als Selbstständige arbeiten, wie vorher als Coiffeuse. Dass das nicht einfach wird, weiss sie. «Aber so kann ich den Leuten das geben, was sie brauchen, und muss mich nicht verbiegen.»

Pflegedemo: Es ist 5 nach 12

Vier Jahre nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative zeigt sich: Der Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung ist lückenhaft. So lässt sich die langsame Zerstörung der Gesundheitsversorgung nicht aufhalten, das Parlament muss nachbessern. Mit der Botschaft: «Es ist 5 nach 12» ruft eine breite Allianz der Gesundheitsberufe zu einer gemeinsamen Kundgebung am 22. November in Bern auf. Damit auch die Politik merkt: So kann es nicht weitergehen! Die Unia rechnet mit vielen Teilnehmenden und organisiert deshalb Extrazüge nach Bern. Alle Infos hier: rebrand.ly/pflege-demo.

Studie aus Norwegen: Es geht auch gesund

Unser Gesundheitssystem gefährdet die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden. In keiner anderen Branche waren mehr Mitarbeitende wegen eines psychischen Problems in ärztlicher Behandlung als im Gesundheits- und Sozialwesen, nämlich jeder und jede zwölfte. Sogar 28 Prozent der Mitarbeitenden wiesen einen Mangel an Energie und Lebensfreude auf, schreibt die Suva.

DÜSTER. Ganz ähnlich eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO: Sie hat in allen EU-Ländern über 90 000 Pflegendе sowie Ärztinnen und Ärzte zur psychischen Gesundheit befragt. Trauriges Ergebnis: Ein Drittel von ihnen berichtet über Depressionen oder Angstzustände. Mehr als ein Zehntel hat gar schon einmal daran gedacht, sich das Leben zu nehmen oder sich selbst zu verletzen.

Spitäler und Heime sind per Gesetz verpflichtet, der Gesundheit der Mitarbeitenden Sorge zu tragen und die Arbeit geeignet zu organisieren. Für Christine Michel, Expertin für Gesundheitsschutz bei der Unia, ist klar: «Im Gesundheitswesen nehmen viele Be-

triebe diese Pflicht nur ungenügend wahr.» Oft sei die Arbeitslast zu hoch, weil zu wenig Personal eingeteilt sei. Mitarbeitende könnten ihre Pausen nicht beziehen oder müssten in der Freizeit kurzfristig einspringen. Michel:

«Das alles belastet die psychische Gesundheit.» Klar ist aber auch: Letztendlich trägt die Politik die Hauptverantwortung für diese Zustände. Sie hat die Rahmenbedingungen so festgelegt, dass Spitäler und Heime permanent unter Spardruck stehen (mehr dazu in diesem Beitrag: rebrand.ly/falsche-prioritäten).

BESSER. Wie sich bessere Dienstpläne auf die Gesundheit auswirken, hat ein Experiment in Norwegen eindrücklich gezeigt. Das Forschungsteam konzentrierte sich auf die Erholungsphase zwischen zwei Diensten. Sie sollte mindestens elf Stunden dauern, was aber in der Realität oft nicht der Fall ist. In 31 Stationen mit total 344 Pflegenden wurde während



GUTE PFLEGE: Von besseren Arbeitsbedingungen profitieren die Mitarbeitenden und die Pflegebedürftigen. FOTO: CANVA

sechs Monaten die Planung angepasst. Ruhezeiten unter elf Stunden konnten nicht ganz vermieden werden, sie kamen aber nur noch halb so oft vor. Und es zeigte sich: Die Teams verzeichneten signifikant weniger Ausfälle wegen Krankheit.

Das brächte dem Gesundheitswesen auch einen finanziellen Vorteil, wie die Autorinnen und Autoren errechnet haben. Würde in ganz Norwegen die Elf-Stunden-Regel besser durchgesetzt, würde das die Gesundheitskosten umgerechnet um jährlich fünf Millionen Franken senken. (che)

Warnsignal:
Rekordtiefe
Geburtenrate

Die Frauen in der Schweiz bekommen so wenige Kinder wie noch nie. Der Grund: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steckt noch in den Kinderschuhen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Im Durchschnitt kommen in der Schweiz nur noch 1,29 Kinder pro Frau zur Welt. Seit 2019 ist die Zahl der Geburten um über 9 Prozent zurückgegangen, schreibt das Bundesamt für Statistik. Gleichzeitig sind die Frauen so gut ausgebildet wie noch nie und so berufstätig wie noch nie.



IHR KINDERLEIN KOMMET: Die Schweiz braucht eine andere Politik. FOTO: KEYSTONE

Ihre Erwerbsquote ist von 68 Prozent im Jahr 1991 auf 80 Prozent 2023 gestiegen. Und trotzdem: Mit dem ersten Kind sinkt das Einkommen der Frau. Mütter verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Väter (work berichtete: rebrand.ly/baby-knick). Gleichzeitig erledigen die Frauen 60 Prozent der Hausarbeit. Das sind im Schnitt 30 Arbeitsstunden pro Woche, unbezahlt, wohlverstanden.

Heute geben drei Mal mehr junge Erwachsene als noch 2013 an, keine Kinder haben zu wollen. Die Begründung: Ihre Einkommen seien zu tief, sie hätten keine bezahlbaren Betreuungsplätze, und die Verteilung der Betreuungs- und Hausarbeit sei ungleich verteilt.

BÜRGERLICHE KINDERFEINDE

Diese rekordtiefe Geburtenrate ist auch das Resultat einer bigotten Familienpolitik der Bürgerlichen: Einerseits die schöne, heile Schweizer Familie als Ideal zu zeichnen, jedoch nichts tun, damit die Frauen auch Kinder haben möchten. Das zeigt sich in der

Diese rekordtiefe
Geburtenrate ist
das Resultat
einer bigotten
Familienpolitik.

Passivität gegenüber griffigen Massnahmen zur Lohnungleichheit. Oder in der Ablehnung von Mindestlöhnen, von denen insbesondere Frauen in Tieflohnsektoren profitieren würden. Oder darin, die vorschulische Kinderbetreuung ins «Private» abzuschieben, statt sie wie die Schulen als öffentliches Betreuungsangebot zu fördern. Und jetzt möchte die bürgerliche Mehrheit im Parlament auch noch Arbeitstage von bis zu 17 Stunden und Sonntagsarbeit ermöglichen. Das wäre alles andere als familientauglich.

VERLÄSSLICHE ARBEITSZEITEN

Cyrielle Huguenot vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund sagt es so: «Viele junge Menschen wollen Kinder, aber sie können es sich schlicht nicht leisten, weder finanziell noch organisatorisch.» Deshalb fordert sie: «Wer wirklich will, dass junge Menschen wieder Kinder bekommen, muss die Rahmenbedingungen verbessern – nicht die Arbeitszeiten verlängern.» Nur mit einer echten Familienpolitik und fairen Arbeitsbedingungen lasse sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen. Deshalb brauche es bessere Arbeitsbedingungen mit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnverlust und mit verlässlichen Arbeitszeiten, die planbar und familientauglich sind. Ebenso notwendig sei ein öffentlicher und kostenloser Kinderbetreuungsservice.

Taxifahrer Cem Kurun (29) will von seinem Job leben können
«Wir sind in der Schweiz die untere Unterschicht»

Die App befiehlt und bestraft:
Cem Kurun (29) fährt Taxi in Zürich mit Uber und Bolt. Günstig für die Kundschaft, ungünstig für ihn. work ist mitgefahren.

IWAN SCHAUWECKER

Cem Kurun fährt Yannick (26) mit seinem Dacia von der Kunstschule zu einem Videojob an der Automesse beim Zürcher Hallenstadion. Yannick war spät dran und hat deshalb ein Uber bestellt. Er sagt: «Ich nehme Uber aus Bequemlichkeit, und es ist günstig.» Nicht so günstig ist es für Cem: «Wenn ich heute 20 solche Aufträge erhalte, verdiene ich etwa 160 Franken. Das macht für mich 3600 Franken im Monat, also die Hälfte von dem, was ich für meinen Lebensunterhalt, das Fahrzeug und das Benzin bräuchte.»

Nur weil er am Vormittag fixe Aufträge als selbständiger Taxifahrer hat, kommt er mit fünf Arbeitstagen pro Woche über die Runde. Eine Umfrage des Onlinemediums Watson mit 120 Uber-Fahrerinnen und -Fahrern zeigt die hohe Arbeitsbelastung und die sehr tiefen Löhne: Rund 60 Prozent der Befragten gaben an, mehr als

«Uber und Bolt diktieren die Preise.»

TAXIFAHNER CEM KURUN

11 Stunden pro Tag zu arbeiten – fast ein Viertel sogar über 12 Stunden. Die Mehrheit arbeitet an 6 bis 7 Tagen pro Woche. Das ist deutlich mehr als die gesetzlich erlaubte Lenk- und Arbeitszeit. Die Mehrheit gibt an, monatlich weniger als 4000 Franken zu verdienen.

GEGEN SCHEINSELBSTSTÄNDIGKEIT

Kurun sagt: «Wir Taxifahrer sind für die Schweiz die untere Unterschicht, kaum jemand interessiert sich für uns.» Die Unia hatte sich erfolglos gegen das neue Zürcher Taxigesetz gewehrt, das seit 2024 in Kraft ist. Zudem lassen die Kontrollbehörden Uber & Co. weiterhin freie Bahn, obwohl sie gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen müssten. Unia-Mitglied Kurun will sich damit nicht abfinden. Deshalb hat er dieses Jahr den Verein der Zürcher Plattformfahrer gegründet. Mit dem Verein will Kurun das Zürcher Taxigesetz ändern. Er sagt: «Im Moment diktieren Uber und Bolt die Preise, auch das zeigt, dass wir nicht selbständig sind.» Auch die Unia pocht darauf, dass die Uber-Fahrerinnen ihre Rechte geltend machen können, durch Uber sozialversichert werden und zum Beispiel Spesen erhalten. Die Gewerkschaft fordert, dass die Behörden die Schwarzarbeit in der ganzen Schweiz stoppen und endlich dafür sorgen, dass Uber seine vom Bundesgericht anerkannten Pflichten als Arbeitgeber erfüllt.

VON DER APP BESTRAFT

Nach einer kurzen Zigarettenpause geht's weiter mit einem Gast aus Lausanne. Für die zwei Kilometer Fahrt verdient Kurun knapp acht Franken. Hätte er abgelehnt, würde die App ihn dafür bestrafen und weniger passende Fahrten zuteilen. Einen Auftrag mit einem unbezahlten Anfahrtsweg von 13,7 Kilometern und fünf Kilometer Fahrt für 13 Franken lehnt Kurun dann trotz Strafsystem ab. Wir fahren stattdessen eine Mutter und ihr Kind aus Zürich Schwamendingen für einen Kurs ins nahe gelegene Oerlikon.

«Der Job ist auch meine Leidenschaft, ich lerne gerne neue Menschen kennen, höre Musik und fahre rum.» Cem wechselt die App. Seit dem letzten Jahr unterbietet der estnische Anbieter Bolt die Preise von Uber. Wir fahren eine Gastroarbeiterin mit Bolt von Oerlikon nach Schlieren. Sie nutzt die App fast täglich, auch weil sie bis spät in der Nacht arbeiten muss und dann kein Bus mehr fährt. Kurun sagt: «Bolt zahlt auf den Fahrpreis der Kunden drauf, damit sie mit Uber konkurrieren können.» Immerhin



UNTERWEGS MIT CEM KURUN: Der Taxifahrer hat den Verein der Zürcher Plattformfahrer gegründet. FOTOS: RAJA LÄUBLI

gibt's jetzt von der Gastrofrau ein grosszügiges Trinkgeld. Bolt ist so billig, dass auch Jugendliche immer häufiger ein Taxi nehmen. So auch Jana (17), die Bolt «easy und billig» findet und sich entlang der Tramlinie in die Stadt chauffieren lässt.

WENN ES PRESSIERT

Patricia (49) hat ein Uber bestellt, damit sie ihren Flug nach Sizilien nicht verpasst. Sie sagt: «Wir sind hier in der Schweiz, da braucht man mindestens 5000 Franken im Monat, damit man Miete und Krankenkasse bezahlen und eine Familie ernähren kann.» Aber wahrscheinlich würde das bei einem Uber-Fahrer nicht ganz hinkommen. Cem lacht und hilft beim Ausladen des Koffers, obwohl das im Uber-Preis eigentlich nicht inbegriffen sei. Bei der Tankstelle in der Nähe des Flughafens warten mehrere Uber-

Fahrer mit VD-Nummernschildern. Kurun sagt: «Auch die Konkurrenz durch ausserkantonale Fahrer ohne Zürcher Taxilizenz sollte in Zukunft nicht mehr möglich sein.» Weil gerade keine neuen Aufträge reinkommen, nimmt Kurun den Roman «1984» von George Orwell aus dem Handschuhfach und sagt: «Mit unseren Ideen von Freiheit und der Überwachung unserer Arbeit sind wir gar nicht mehr so weit weg von dieser Geschichte aus dem Jahr 1948.»

Die Bilanz der beiden Apps nach vier Stunden Arbeit: fünf Uber-Fahrten mit Einnahmen von 49,72 Franken und zwei Fahrten mit Bolt für total 27,11 Franken. Einschliesslich 5 Franken Trinkgeld macht das pro Stunde 20 Franken. Nach Abzug der Kosten für Fahrzeug, Benzin und Versicherungen bleibt für Taxifahrer Kurun von den Einnahmen dieses Nachmittags fast nichts übrig.

Ex-Fahrer Danilo Moro (37) bietet DPD die Stirn

Die vereinten DPD-Fahrer auf Erfolgskurs



GEWERKSCHAFTER **DANILO MORO**: «DPD-Fahrer arbeiten am Rande des Existenzminimums, während der Konzern riesige Gewinne eingefahren hat.»
FOTO: JAKOB INEICHEN

Danilo Moro (37) weiss, welche Torturen DPD-Fahrer tagtäglich erleiden. Doch er hat dafür gesorgt, dass die meisten Fahrerinnen und Fahrer heute im Tessin direkt bei DPD angestellt sind.

IWAN SCHAUWECKER

work: In der Deutschschweiz hat ein DPD-Subunternehmen Konkurs angemeldet, während die Fahrer noch auf ihre Löhne warten. Gibt es solche Fälle auch im Tessin?

Danilo Moro: Ja, es gab immer wieder solche Firmen, die plötzlich zahlungsunfähig waren und die ausstehenden Löhne nicht mehr zahlten. Auch ich habe für ein solches Unternehmen gearbeitet. Damals, im

«Viele verdienten nicht mehr als 3000 Franken.»

EX-DPD-FAHRER DANILO MORO

permanent überwacht und gesteuert vom DPD-Konzern, aber mit einem System, das die ganze Verantwortung auf die Subunternehmen abgewälzt hat.

Welche Erinnerungen haben Sie an Ihre Zeit als DPD-Kurier?

Jeder Arbeitstag war extrem anstrengend und dauerte 12 bis 14 Stunden. Wir hatten eine «Null-Rückgabe-Regel»: Wir mussten also alle Pakete, die wir im Lieferwagen hatten, um jeden Preis ausliefern. Dadurch hatten wir keine festen Arbeitszeiten, keine bezahlten Überstunden, kaum Pausen und willkürliche Lohnabzüge für verlorene Pakete oder Schäden am Lieferwagen. Der Druck war so gross, dass viele meiner Kollegen körperlich und psychisch

zusammenbrachen. An ein Familienleben war nicht mehr zu denken. Es war versteckte Akkordarbeit unter dem Deckmantel von «Flexibilität» und «Effizienz».

Wie hoch war der Lohn für diese Arbeit?

Das Durchschnittsgehalt eines DPD-Fahrers im Tessin lag 20 bis 30 Prozent unter demjenigen eines Postangestellten, der fast die gleiche Arbeit wie wir machte. Viele von uns verdienten nicht mehr als 3000 Franken netto im Monat. Wir arbeiteten am Rande des Existenzminimums, während der Konzern, der mehrheitlich im Besitz des französischen Staatsbetriebs «La Poste» ist, riesige Gewinne eingefahren hat.

Wie haben Sie sich unter den DPD-Kurieren im Tessin organisiert?

Wir haben das «Collettivo Operaio DPD Giubiasco» gegründet: ein Kollektiv, das mit der Gewerkschaft Unia zusammenarbeitet, aber politisch unabhängig und selbstorganisiert ist. Das Kollektiv hat Arbeitnehmende ganz unterschiedlicher Herkunft zusammengebracht und damit eine einheitliche Stimme gegen die Erpressung durch die Arbeitgeber geschaffen. Wir haben kollektive Aktionen gestartet, um die Produktivität zu drosseln, und haben die Arbeitsbedingungen öffentlich angeprangert. Wir haben auch die Gewerkschaften Syndicom und Transfair, die das DPD-System stabilisieren, offen kritisiert.

Und was hat sich seither verbessert?

Vor fünf Jahren gab es noch gar keine direkt von DPD angestellten Fahrer im Tessin. Heute sind wir bei einer Quote von 75 Prozent! Wir haben auch die korrekte stündliche Erfassung der Arbeit und eine Regelung für die Pausen erreicht. Auch die illegalen Lohnabzüge mit Geldstrafen für verlorene Pakete oder Schäden an den Fahrzeugen darf es nicht mehr geben. Die Löhne sind in den letzten fünf Jahren zwischen 18 und 21 Prozent erhöht worden. Und ein DPD-Vorgesetzter, der das Bild von Benito Mussolini in seinem Büro aufgehängt hatte, wurde entlassen. Zuletzt

Konkurs: Und die DPD ist fein raus

Die Transportfirma Act GmbH aus Winterthur ist konkurs. Sie war eines von 65 Subunternehmen, die in der Schweiz mit ungefähr 700 Fahrerinnen und Fahrern den Lieferservice der Pakete für DPD übernehmen.



AUSGENUTZT: Peter Veslar.

FOTO: RAJA LÄUBLI

ALLGEMEINHEIT ZAHLT.

Peter Veslar (46) war Fahrer bei der Act GmbH. Er und die meisten seiner elf Kollegen kamen für ihre Arbeit als Kurierfahrer aus osteuropäischen Ländern in die Schweiz. Wegen ausstehender Lohnzahlungen in der Höhe von rund

30 000 Franken ging Veslar Anfang 2025 gegen seinen Arbeitgeber vor Gericht (work berichtete: rebrand.ly/dpd-kurier). Die letzten vier ausstehenden Monatslöhne wird Veslar jetzt von der Arbeitslosen- und Insolvenzversicherung erhalten. Auch beim Konkurs dieses Subunternehmens stiehlt sich DPD aus der Verantwortung und überlässt die Kosten der Allgemeinheit. DPD und die Act GmbH liessen die Anfrage von work für eine Stellungnahme unbeantwortet. (isc)

feierten wir ein Gerichtsurteil zu unseren Gunsten: Das letzte verbleibende DPD-Subunternehmen im Tessin muss mehrere Zehntausend Franken für ausstehende Essensgutscheine der letzten 13 Monate zahlen. All das haben wir nur durch unseren Kampf erreicht. Ohne diesen Druck hätten DPD und die Subunternehmen kein einziges Zugeständnis an uns gemacht.

Wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten hat Danilo Moro seinen Job als DPD-Fahrer verloren. Noch im Jahr 2021 war er als einer der besten Fahrer seines Teams ausgezeichnet worden. Heute arbeitet er als Gewerkschaftssekretär der Unia im Kanton Tessin und ist weiterhin Teil des «Collettivo Operaio DPD Giubiasco», das trotz vielen Personalwechseln weiterhin aktiv ist.



work
kommentar
Darija Knežević

NEIN, SRF: RASSISMUS IST NIE TOLERIERBAR

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz tritt Mitte Oktober vor die Medien. Das Thema: Migration. Dabei fällt der mittlerweile berühmt-berüchtigte Satz: «Wir haben im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister dran, in sehr grossem Umfang Rückführungen zu ermöglichen.» Wenige Tage später wird er bei einer Pressekonferenz gefragt, ob er sich für diese

Diese Reaktion zeigt, dass sich auch das SRF in die rechte Ecke bewegt.

Aussage entschuldigen wolle. Die Antwort: Nein. Mehr noch, Merz doppelt nach: «Ich weiss nicht, ob Sie Kinder haben. Und wenn unter

diesen Kindern Töchter sind, dann fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte.» Diese Aussagen von Merz trafen von Vorurteilen und Rassismus. Es sind Aussagen, die uns vor Augen führen, wie salonfähig Fremdenhass geworden ist. Auch das Schweizer Radio und Fernsehen berichtet über Merz' wahres Gesicht. Die Reaktion darauf zeigt, wohin sich auch das SRF – mit oder wegen der Halbierungsinitiative – bewegt. In die rechte Ecke. Die Folgen: mehr als nur gefährliches Geschwafel, sondern gezieltes Enttabuisieren von ausländerfeindlichen Meinungen. Das ist zutiefst erschütternd.

FRAUENFEIND. In besagtem Artikel schreibt das SRF von «Vater Merz». Denn Merz stellt sich als besorgter Vater dar. Ein billiger Trick – und SRF fällt darauf herein. Nur kurze Recherchen sind nötig, um festzustellen, dass sich Merz nicht im geringsten um die Sicherheit der Töchter in Deutschland schert. Seit Jahrzehnten macht er eine frauenfeindliche Politik:

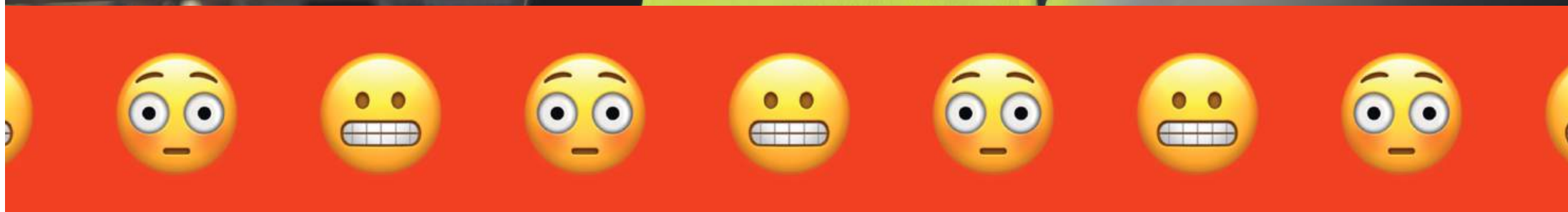
- 1995: Merz stimmt gegen die Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
- 1997: Merz stimmt gegen den Schutz von Vergewaltigung in der Ehe
- 2006: Merz stimmt gegen das Gleichbehandlungsgesetz
- 2024: Merz wendet sich gegen Geschlechterparität in der Regierung

Kein Zufall, dass Merz bei jungen Frauen auf einen (Un-)Beliebtheitswert von 9 Prozent kommt. Innert weniger Tage formierte sich in Deutschland die Bewegung «Töchter gegen Merz».

FREMDENFELD. Das SRF thematisiert zwar die Fremdenfeindlichkeit. Jedoch verkehrt herum. Die Rede ist nur von den Kritikerinnen und Kritikern, die Merz Fremdenfeindlichkeit vorwerfen. Zudem verharmlost SRF die klar fremdenfeindlichen Aussagen von Merz und doppelt mit einem persönlichen Kommentar von Stefan Reinhart nach, Chef vom Dienst bei SRF und Leiter des Auslandskorrespondententeams. Reinhart schreibt: «Ich glaube, der Kanzler wollte einmal Klartext reden. Bei seinen Leuten kam das zum Teil auch gut an.» Weiter versucht Reinhart, die Aussagen von Merz zu entschärfen: «Es kann nicht sein, dass der Kanzler Dinge nicht aussprechen darf, die er und viele andere Menschen so empfinden.» Doch, Herr Reinhart. Rassismus darf keine Bühne bekommen. Für Rassismus muss eine Nulltoleranz gelten.

Salonfähiger Rassismus im Fernsehen, in den Kommentarspalten, auf offener Strasse. Und Merz macht munter weiter. Eine gefährliche Spaltung, die das rassistische Gedankengut von Merz noch weiter unterstreicht. Und das SRF macht mit.

DIE AMKB ...



IST AUF BAUSTELLEN PRÄSENT.

[A][M]
[K][B]

Für Lohnschutz – gegen Schwarzarbeit! Mehr erfahren: www.amkb.org

Service-Citoyen-Initiative gefährdet Löhne und bestraft Frauen

Gefährlich gut gemeint

Alle in der Schweiz sollen einen obligatorischen Dienst für die Allgemeinheit leisten. Das will die Bürgerdienst-Initiative. Das tönt auf den ersten Blick sympathisch. Doch ein Ja hätte brandgefährliche Folgen.

CLEMENS STUDER

Die Initiantinnen und Initianten verkaufen ihre Vorlage als Projekt für Zusammenhalt und Gleichstellung. Doch tatsächlich verschärft sie bestehende Ungleichheiten. Frauen würden gezwungen, zusätzlich zu Erwerbs- und Familienarbeit einen Pflichtdienst zu leisten – obwohl sie heute bereits den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit tragen. Laut Bundesamt für Statistik entfallen 61 Prozent ihrer gesamten Arbeitszeit auf unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit. Statt Gleichstellung bringt die Initiative also mehr Belastung für Frauen – und dies unter dem Deckmantel der «Fairness».

LOHNDUMPING PROGRAMMIERT

Der vorgeschlagene Zwangsdienst kann auch im Gesundheits-, Bildungs- oder Betreuungsbereich abgeleistet werden. Was wie Hilfe klingt, ist in Wahrheit ein Angriff auf die Löhne – ausgerechnet in Branchen, die schon heute für ihre prekären Arbeitsbedingungen bekannt sind.

Cyrielle Huguenot, Zentralsekretärin Gleichstellungspolitik beim SGB, sagt: «Gerade in Pflege und Kinderbetreuung droht die Initiative Lohndumping zu fördern.

Statt Gleichstellung bringt die Initiative mehr Belastung für Frauen.

Löhne, Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen investieren.»

SP-Nationalrätin Martine Docourt aus Neuenburg warnte bereits während der parlamentarischen Debatte: «Die Initiative würde schlecht bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die an Personen ohne Qualifikation vergeben werden, obwohl wir in mehreren Bereichen bereits heute unter Fachkräftemangel leiden. Und sie würde auf Kosten der Frauen die ohnehin geringe Entlohnung der Care-Arbeit zementieren.»

Klar ist: Wenn Spitäler, Heime oder Kitas auf schlecht bezahlte Dienstpflichtige zurückgreifen können, sinkt der Druck, reguläre Stellen zu schaffen. Denn warum sollte die Direkto-

rin eines Pflegeheims eine Fachfrau zum Lohn von 5000 Franken anstellen, wenn es auch Zwangsverpflichtete gibt? Eben.

MILITÄR FIRST, FRAUEN SECOND

Bei genauerem Hinsehen ist auch die vermeintliche Offenheit der Service-Citoyen-Initiative trügerisch. Die Armee und der Zivilschutz sollen ausdrücklich gesichert werden, der Zivildienst hingegen wird nicht einmal erwähnt. Damit wird die Hierarchie der Dienste zementiert: Armee zuerst, Zivilgesellschaft zuletzt.

Die Neuenburger Grünen-Nationalrätin Clarence Chollet, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, sagt: «Es wird eine Dienstpflicht für Frauen eingeführt, wobei die Armee Priorität erhält. Laut einer Studie waren jedoch fast die Hälfte der Frauen im Militär mit Diskriminierung oder sexueller Gewalt konfrontiert. Frauen sollten sich dem nicht aussetzen müssen.»

Die Initiative nennt sich zwar «Service citoyen» – also «Bürgerdienst» –, ignoriert aber die alltägliche «Bürgerinnen-Arbeit»: die unbezahlte Pflege der Alten und Kranken, die Betreuung der Kinder und all die anderen Care-Aufgaben, die das Land zusammenhalten.

ZWANGSARBEIT?

Martine Docourt macht auf ein weiteres Problem der Initiative aufmerksam: den möglichen Verstoß gegen internationales Recht. «Ein obligatorischer Dienst für alle Bürgerinnen und Bürger, der Tätigkeiten in Bereichen der beruflichen Sphäre umfasst, könnte nach internationalem Recht als Zwangsarbeit gelten», warnte sie im Nationalrat. Der Einwand ist nicht formalistisch, sondern grundlegend: Freiwilliges Engagement lebt von Freiheit, nicht von staatlicher Pflicht.

Auch Fabian Molina, SP-Nationalrat aus Zürich, weist darauf hin, dass die Initiative gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Verbot von Zwangsarbeit verstößt – und damit ein Menschenbild offenbart, das Bürgerinnen und Bürger nur dann für solidarisch hält, wenn man sie dazu zwingt.

FORTSCHRITT SIEHT ANDERS AUS

Wer Gleichstellung ernst meint, stärkt die Rechte und Einkommen der Frauen, bevor er sie mit einem Zwangsdienst belastet. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern will, investiert in Bildung, Pflege und Integration.

Kurz gesagt: Der «Service Citoyen» ist das Gegenteil eines Fortschrittsprojekts – er vermehrt die unbezahlte Arbeit von Frauen, gefährdet Löhne in sensiblen Branchen und ersetzt echte Solidarität durch einen Zwangsdienst. Oder, noch kürzer: Die Initiative mag gut gemeint sein, ist aber gefährlich schlecht gemacht.



SO KANN BÜRGERDIENST AUSSEHEN: Übung der Seuchenwehr des Zivilschutzes zur Vogelgrippe. FOTO: KEYSTONE

Juso-Initiative für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert

Es geht um Oligarchen, nicht um die Garagisten

Die Kampagne gegen die Juso-Initiative, über die wir am 30. November abstimmen, ist schrill. Superreiche machen Stimmung mit den angeblich betroffenen KMU-Erben. Ein Konzept aus Gewerkschafterhand widerlegt sie.

CLEMENS STUDER

Reich sein ist angenehm. In der Schweiz reich sein ist besonders angenehm. Wer hier auf einem gigantischen Vermögen hockt und/oder Abzockerlöhne kassiert, musste in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger Steuern bezahlen.

GEBURTSLOTTO

Die 300 reichsten Clans in der Schweiz besitzen 833 500 000 000 Franken. Heute besitzen alleine die zwei reichsten in der Schweiz lebenden Clans mehr Vermögen als vor 26 Jahren alle 100 Reichsten der «Bilanz»-Liste zusammen. Die wenigsten dieser gigantischen Vermögen sind erarbeitet. Die

Mehrheit auf der Liste hatte einfach Glück beim Spekulieren. Oder im Geburtslotto.

Dem reichsten Prozent der Schweizer Steuerzahlenden gehört unterdessen fast die Hälfte der Reinvermögen. Vor 20 Jahren lag dieser Anteil noch bei rund 35 Prozent. Die 10 Prozent Reichsten im Land besitzen mehr als die übrigen 90 Prozent. 22 Prozent der Steuerpflichtigen besitzen gar nichts oder sind netto verschuldet. 30 Prozent haben ein Vermögen zwischen 0 und 50 000 Franken. Reiche und Superreiche sind also eine verschwindende Mehrheit. Aber eine sehr einflussreiche. Das zeigt sich bei der Steuerpolitik der von ihr finanzierten Parteien SVP, FDP, GLP und Mitte. Und das zeigt sich aktuell in der schrillen, seit Monaten mit Millionen gepushten Kampagne gegen die Zukunftsinitiative der Juso.

ERST AB 50 MILLIONEN

Eine nationale Erbschaftssteuer hat das Volk bisher stets abgelehnt. Das

wird aller Wahrscheinlichkeit auch am 30. November so sein. Dabei ist die Juso-Initiative viel sanfter als die schrille Polemik darum, und sie geht erst noch gleich zwei ganz zentrale Probleme aufs Mal an: die vererbten Megavermögen und die enormen Kosten zur Bewältigung der Folgen der Klimakrise. Der Juso-Vorschlag auf den Punkt gebracht: 50 Millionen können bundessteuerfrei vererbt werden, darüber greift eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent. Es geht also nicht um das Haus der Eltern oder die Briefmarkensammlung, es geht auch nicht um die Garage oder die Apotheke oder das Sanitätsgeschäft. Es geht um die Vermögen der Schweizer Oligarchen.

Doch auch die Mehrheit in den entscheidenden Gremien des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) hegte Zweifel an der konkreten Durchführbarkeit der Initiative und die möglichen Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigung, auch wenn sie die Ziele der Initiative teilt. Die SGB-Parole heisst Stimmfreigabe. Unterdessen

dürfte der Gewerkschafter und SP-Nationalrat Benoît Gaillard mit einem Konzept für die SP-Fraktion die entsprechenden Befürchtungen widerlegt haben.

DAS KONZEPT

Die Kernpunkte des Gaillard-Konzepts: Der Bund soll mit den Erbenden Programmvereinbarungen abschliessen können: Investitionen in grüne Projekte könnten bis zur Hälfte der Steuerschuld angerechnet werden. Unternehmerinnen und Unternehmer müssten die Steuer zudem nicht zwingend bar begleichen, sondern könnten auch Sachwerte einbringen, also etwa Firmenanteile, Beteiligungen an Immobiliengesellschaften oder Kunstwerke. So blieben solide Schweizer Betriebe in Familienhand und müssten nicht verkauft werden. Die so eingebrachten Werte würden in einen Staatsfonds fliessen, der die Anteile hält, Erträge erwirtschaftet und sie später veräussert – mit Rückkauf-



möglichkeit für die Erben. Ergänzend sieht das Konzept die Möglichkeit

vor, die Steuer in Raten über bis zu 15 Jahre zu bezahlen, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden.

0,5 FÜR 100 MILLIONEN

Macht bei einer Modellrechnung zu einer Erbschaft von 100 Millionen Franken eine jährliche Steuerrate von 0,5 Millionen aus. Ein halbes Prozent der Riesenerbschaft (siehe auch Seite 18). Gaillard zu seinem Konzept: «Eine Steuer auf Erbschaften über 50 Millionen hilft gegen die masslose Konzentration der Vermögen. Das Konzept zeigt, dass dies möglich ist, ohne Unternehmen zu zerstören.»

Boycott
Augen auf bei der Hotelwahl

JONAS KOMPOSCH

Auch logistisch war der Kongress eine grosse Kiste. 400 Delegierte plus Unia-Mitarbeitende reisten nach Brig. Zu viel für die dort verfügbaren Hotelkapazitäten. Einige Kongressteilnehmende wurden daher talaufwärts in Fiesch untergebracht. Noch weiter hat-



GUTE ADRESSE: Das «Good Night Inn» von Peter Bodenmann. FOTO: PD

ten es die internationalen Gäste und die Gewerkschaftspresse. Sie mussten abends jeweils bis nach Leukerbad verschoben. Die einstündige Carfahrt samt Serpentin in luftiger Höhe und nächtlichem Schneegestöber war für manche Mägen eine Belastungsprobe – zumal nach der rauschenden Kongress-Party im Hotel Good Night Inn von work-Kolumnist Peter Bodenmann. Aber warum eigentlich so weit, wo es doch auch im nahen Visp oder im benachbarten Naters Gasthäuser gäbe?

AUF DEM INDEX. Weil in und um Visp Wohnungsnot herrscht und die boomende Lanza einen Grossteil der Hotelbetten für neu ankommende Mitarbeitende reserviert. Und weil in Naters alle drei Hotels auf dem Index stehen. Martin Dremelj, Chef der Unia Oberwallis, erklärt: «Mit denen haben wir seit Jahren nur Theater. Und sie zeigen sich absolut beratungs- und bussenresistent!» Immer wie-

«Mit denen haben wir nur Theater.»

MARTIN DREMELJ, CHEF UNIA OBERWALLIS

der meldeten sich Mitarbeitende mit Lohnproblemen. Pikant: Die Hotels gehören zwei Verwandten, wovon einer auch eine Baufirma hat. Und auch da gibt es laut Dremelj «ständig Theater».

Übrigens: Ob ein externer Dienstleister «sauber» ist, prüft die Unia seit dem Kongress 2016 in Genf vorab besonders genau. Damals musste die Zentrale in letzter Minute eine grosse Restaurantbuchung stornieren, da ein lokaler Unia-Sekretär Alarm geschlagen hatte: Der Wirt sei ein Gauner und stehe bald vor Gericht.

Zehra Khan aus Pakistan und ihr Kampf gegen die Textilindustrie

Von der Modedesignerin zur Pionierin der Gewerkschaftsbewegung in Pakistan

Zehra Khan hat die erste Heimarbeiterinnen-Gewerkschaft Pakistans gegründet und mit ihr einmalige Gesetze erkmfft. Doch gegen den verworrenen Textil-Kapitalismus kommt sie nur mit internationaler Hilfe an.

JONAS KOMPOSCH

Als Zehra Khan die Kongressbühne betritt, sind all die Resolutionen und Anträge für einen Moment vergessen. Denn die 47jährige Chefin der «Home Based Women Workers Federation» entführt die Unia-Community aus der Walliser Bergwelt in ihre Heimatstadt Karachi. Die 20-Millionen-Metropole am Arabischen Meer ist der Finanzhub Pakistans. Doch ihr stärkster Motor ist die Textilindustrie. Landesweit erwirtschaftet diese über die Hälfte aller Exporte.

«Bei uns arbeitet die Mehrheit bis zum Tod.»

GEWERKSCHAFTERIN ZEHRA KHAN

Millionen Pakistani. Ihre Arbeitsbedingungen seien erbärmlich, sagt Khan. «Bei uns arbeitet die Mehrheit bis zum Tod, eine Altersvorsorge hat fast niemand.» Rund 90 Millionen Werktätige zählt die islamische Republik. 95 Prozent ar-

beiten ohne Arbeitsvertrag. Die Folge: weder Jobsicherheit noch Sozialversicherungen. Und informell Beschäftigte können in Pakistan auch nicht vor Arbeitsgerichten klagen. Oder sich einer Gewerkschaft anschliessen. Deshalb sind bloss ein Prozent in einer Gewerkschaft, wobei die Hälfte davon noch auf den privilegierten Staatssektor fällt. All das will Khan ändern – und hat dafür vor über zwanzig Jahren ihren Job an den Nagel gehängt.

ÄNGSTLICHE EHEMÄNNER

Nach dem Studium wurde Khan Modedesignerin. So lernte sie die Textilwirtschaft und ihr Rückgrat kennen: Abermillionen von Frauen, die in Heimarbeit Massenware nähen, zu einem Stücklohn, der knapp das Überleben sichert. Rechtliche Absicherung haben sie kaum – übrigens wie einst in der Textilnation Schweiz: Auch hier war Heimarbeit vom Fabrikgesetz von 1877 ausgenommen und wurde erst 1940 reguliert. In Karachi beschloss Khan jedenfalls, die Sache anzugehen. Über Monate hinweg tingelte sie durch die Armenviertel von Tür zu Tür. Das Ziel: die Heimarbeiterinnen für eine neue Bewegung zu gewinnen. Kein leichtes Unterfangen. Oft seien die Frauen von ihren Ehemännern abgeschirmt worden. «Die Männer behaupteten, wir wollten die Frauen «verwestlichen» und ihnen das Kopftuch wegnehmen», erklärt Khan. Doch sie gab nicht auf und fand immer mehr Verbündete. Denn: «Mutige Frauen gibt es überall!» Khan organisierte Treffen und Schulungen. «Wir erklärten den Kapitalismus und dass die so-



HAT DIE HEIMARBEITERINNEN ORGANISIERT: Zehra Khan tingelte von Tür zu Tür und setzte damit in Pakistan eine Bewegung in Gang. FOTO: ZVG

zialen Verhältnisse nicht gottgegeben, sondern veränderbar sind.»

ZUM PREIS EINES EIES

Aufklärung war auch bei NGO nötig. «Dass ein Grossteil der modernen Textilindustrie auf protoindustrieller Heimarbeit fusst, hatten die nicht auf dem Schirm.» Einige glaubten sogar,

Khan organisiere Hausangestellte, so unsichtbar waren die Heimarbeiterinnen damals. Das änderte sich definitiv 2009: Der Staat registrierte Khans junge Bewegung offiziell als Gewerkschaft, in Pakistan eine wichtige Bedingung etwa für Vertragsverhandlungen. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 20 Rupien angesetzt, dem Preis für ein Ei. Grosse Sprünge lagen so nicht drin. Doch dank Unterstützung vom Schweizer Solifonds war eine Weiterentwicklung gesichert: Produzentinnen der traditionellen Glasarmreife schlossen sich an, dann Näherinnen von Schuhen, Fussbällen, Stoffen oder Verpackungsarbeiter. Khan ist stolz: «Heute sind wir die Plattform für alle Heimarbeitenden.»

DURCHBRUCH MIT TÜCKEN

2018 folgt der zweite Durchbruch: Das Parlament des Bundesstaats Sindh beschloss, der Mindestlohn (umgerechnet aktuell 106 Franken) und die Sozialversicherungen seien auch für Heimarbeiterinnen bindend. Sindh war damit die erste Region ganz Südasiens mit einem solchen Gesetz. Mittlerweile sind sämtliche Provinzen Pakistans dem Beispiel gefolgt. Das Problem: Das Arbeitsministerium setzt das Gesetz nicht durch. Und die Heimarbeiterinnen sind das unterste Glied einer extrem zersplitterten Wertschöpfungskette. Sie kennen bloss ihren direkten Auftraggeber, praktisch nie aber den Endabnehmer. Deshalb seien Lieferkettengesetze so wichtig, sagt Khan. Und: «Hier in der Schweiz habt ihr mit der Konzernverantwortungsinitiative den Hebel in der Hand!»



DEMO-UMZUG DURCH BRIG: Die Demo-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer setzten damit auch öffentlich ein Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit. FOTO: MANU FRIEDERICH

Gelebte Basisdemokratie: So war der Unia-Kongress 2025

Als Brig Rot sah

Ein Ringen um die richtige Richtung. Tränen, Trost und tosender Applaus. Grosse Debattierlust, gelebte Basisdemokratie. Das und vieles mehr war der Unia-Kongress.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Wer an diesem Donnerstag in Brig unterwegs ist, kennt anscheinend nur ein Ziel: die Simphonhalle. 400 Menschen auf dem Weg zum Unia-Kongress, so viel Rot sieht Brig nicht jeden Tag. Das lokale Gewerbe befürchtet Verkehrsbehinderungen, berichten lokale Medien. Doch bald folgt die Entwarnung: Die Demo unter dem Motto «Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit» verläuft reibungslos. Aber klar, wenn das höchste Gremium der grössten Schweizer Gewerkschaft tagt, wirft das hohe Wellen.

Die Wogen gehen auch in der Simphonhalle hoch. Die Delegierten diskutieren, streiten gar, ringen um Positionen. Zum Beispiel zu den Bilateralen III, also zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union. Ja. Ja aber. Nein: die Meinungen über das Abkommen gehen weit auseinander. Und dann sagt ein Delegierter: «Bin ich am richtigen Ort, oder bin ich an einer SVP-Veranstaltung? Wir sagen nicht einfach prinzipiell Nein zu allem!» Es folgt die Abstimmung: Wer ist dafür, wer dagegen, Enthaltungen? Karte hoch, Karte runter (mehr zur EU-Debatte auf Seite 15). Bei heiklen Themen wird elektronisch abgestimmt, die Kongressleitung nimmt's genau.

Die Arbeitgeber im Saal staunen Bauklötze ob so viel Basisdemokratie.

SONNENSCHNEIN UND HUDELWETTER

Rasch wird an diesem Kongress klar: Die Unia ist getragen von Vielfalt. Die jüngste Teilnehmerin ist zwar mit ihren 7 Monaten nicht stimmberechtigt, aber als kleiner Sonnenschein ein willkommener Kontrast zum Hudelwetter. Die Delegierten sind Pensionierte und Lernende, queere Menschen, Männer, Frauen. «Wir Frauen sind das Herz dieser Gewerkschaft», ist eine Rednerin überzeugt. Migrantinnen und Migrant*en greifen selbstbewusst das Wort: «Ohne uns geht es nicht in diesem Land.» Und klar ist,

Die Arbeitgeber staunen Bauklötze ob so viel Basisdemokratie.

von der fremdenfeindlichen SVP-Nachhaltigkeitsinitiative lassen sich die Bützerinnen und Bützer nicht spalten: «Wir sind entschlossen, uns der unständigen Politik der SVP zu widersetzen.» Gegen diese brandgefährliche Initiative beschliesst der Kongress denn auch ein glasklares Nein.

Stürmische Höhepunkte gibt es immer wieder: Tosender Applaus für die Baubützer, die für einen besseren Vertrag kämpfen. Standing Ovation bei der Wiederwahl von Präsidentin Vania Alleva. Sie bedankt sich, sichtlich gerührt: «Die Unia ist für mich eine Herzensangelegenheit.» Der laute Ruf «Hoch die internationale Solidarität» nach dem Vortrag der Gewerkschafterin aus Pakistan. Oder die Wortmeldung des Delegierten mit Wurzeln in Gaza. Er spricht ohne Groll, aber in tiefer Trauer. Auch diese wird vom Kon-

gress getragen, mit Umarmungen, mit Schweigeminuten.

In Bewegung kommt der Kongress mit der Präsidentin der IG Frauen. Aber nicht alle. Sie lässt Frauen aufstehen, und nur sie: «Schaut euch um! Zwei von drei Frauen werden sexuell belästigt.» Deshalb hat die Unia als Schwerpunktthema für nächstes Jahr die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz festgelegt. Denn: «Das ist kein Frauenthema, es geht uns alle an!»

BEGEISTERTE BUNDESRÄTIN

Beim Ehrengast aus Bundesbern, SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, verlässt die Jugend unter Protest den Saal. Präsidentin Alleva bleibt souverän: «Die Jugend will die Revolution – wir arbeiten daran.» Die Gesundheitsministerin scheint begeistert von der Unia. Und ihr ist klar, dass der Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung der Pflegeinitiative nicht alle im Saal zu überzeugen vermag. Zur Debatte steht auch die Austrichtung der Unia auf die Langzeitpflege, doch die Kongressmehrheit stimmt dafür. Und egal, ob im Pflegeheim oder im Spital, ob Pflegegehilfe oder Patientin – gute Pflege geht alle etwas an. Deshalb ruft der Kongress zur grossen Pflegedemo am 22. November in Bern!

Nach drei Tagen des Ringens um die richtige Richtung ertönt zum Abschluss die Internationale. Auch die Kongressleitung erhebt sich dazu. Sie, die geführt, geplant, gelacht, geredet und mit der Glocke geklingelt hat, wenn die Redezeit abgelaufen war. Doch da war diese eine Rednerin. Sie ignorierte Klingel und Ermahnungen. Und sagte ganz Uniamässig: «Ich mache weiter.»

Europas höchster Baugewerkschafter Bruno Bothua:

«Auf europäischen Baustellen sterben jeden Tag zwei bis drei Arbeiter»

Mörderische Konkurrenz, Missbrauch, Lohndumping: Bruno Bothua spricht über seinen Kampf gegen die Subunternehmen. Und wie die Gewerkschaften zu einem Bollwerk gegen den Rechts-extremismus werden müssen.

IVAN SCHAUWECKER

work: Bruno Bothua, wie erleben Sie den Unia-Kongress?
Bruno Bothua: Es ist wichtig, dass wir als Gewerkschaften innerhalb der EU gegen Lohndumping und Missbrauch zusammenspannen. Besuche in der Schweiz sind eine gute Gelegenheit, um zu sehen und zu besprechen, wie Lohnkontrollen funktionieren können. Meine Rede hielt ich nach einem Film über die historische Katastrophe in Mattmark, bei der 88 Menschen starben. Arbeitsrechte und die Arbeitssicherheit auf Baustellen sind keine Selbstverständlichkeit, und wir Gewerkschaften haben hier auch heute eine enorme Aufgabe.

Wie steht es derzeit um die Arbeitssicherheit auf Baustellen in Europa?

Auf europäischen Baustellen sterben täglich zwei bis drei Arbeiterinnen und Arbeiter. Frankreich ist in der ganzen EU das zweitgefährlichste Land für Bauarbeiter, fast täglich stirbt hier jemand. Das wollen wir unbedingt ändern. Jeder Tote ist einer zu viel.

Und wie können diese Unfälle verhindert werden?

Die vielen Subunternehmen auf Baustellen erhöhen die Risiken für die Bauleute massiv. Mit den Subunternehmen hat man die Arbeitsrechte systematisch ausgehöhlt, und am Ende trägt niemand mehr die Verantwortung. Beim Ausbau der Métro in Paris, der zurzeit grössten Baustelle in Frankreich, gab es in der ersten Bauphase fünf Tote. Vor zwei Jahren konnten wir eine neue Regelung durchsetzen, die maximal zwei Subunternehmen in der Auftragskette zulässt. Seither gab es keine Todesfälle mehr.



KAMPF GEGEN SUBUNTERNEHMEN: Bruno Bothua in Brig. FOTO: ZVG

Welche sonstigen Herausforderungen stellen sich derzeit für die europäischen Gewerkschaftsbewegung?

Neben der Arbeitssicherheit und dem Kampf gegen Lohndumping beschäftigt uns vor allem der Kampf gegen den Rechtsextremismus. Da geht es um den Schutz aller unserer Rechte, Arbeitsrechte, aber auch demokratische Rechte, Frauenrechte, Schutz von Minderheiten. In vielen europäischen Ländern haben die rechtsextremen Par-

teien starke Zugewinne, das macht uns grosse Sorgen, und da müssen wir dagegenhalten.

Welche Mittel haben die Gewerkschaften gegen den Rechtsextremismus?

An erster Stelle steht die Bildung. Damit wir Zugang zu den Leuten haben, brauchen wir Mitglieder, die ihre politischen Erfahrungen weitergeben können. Es geht darum, die Lügen der Rechtsextremen aufzudecken. Sie erzählen, dass sie das Pensionsalter 60, höhere Löhne und Löhne für Hausfrauen wollten. Aber wenn es um die konkrete Politik geht, dann stimmen sie dagegen: gegen bessere Rechte, gegen ein tieferes Pensionsalter, gegen Migrantinnen und Migranten. Es ist also purer Populismus, mieser Populismus. Doch viele Leute lassen sich von diesen falschen Versprechen überzeugen.

Was braucht es, damit Gewerkschaften nicht nur im Abwehrkampf sind?

Wenn wir heute wieder träumen wollen, müssen wir uns auch am globalen Süden orientieren. Zum Beispiel an Ländern wie Brasilien, wo Lula die Arbeiterinnen und Arbeiter für sich gewinnen konnte und den rechten Präsidenten Jair Bolsonaro besiegte. Das neue Lieferkettengesetz der EU ist auch ein gewerkschaftlicher Erfolg und zeigt, dass wir in Europa politische Mehrheiten für Fortschritte schaffen können. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Fortschritte in der Form von ausreichenden Löhnen, sozialem Schutz und Wertschätzung bei den Leuten und unseren Mitgliedern ankommen.

BRUNO BOTHUA (57) ist Präsident der Europäischen Gewerkschaftsföderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBWU) und langjähriger Generalsekretär des Sektors Bau bei der französischen Gewerkschaft CGT. work hat ihn am Unia-Kongress in Brig getroffen. (isc)

Die Stimmen vom Unia-Kongress: «Es ist beeindruckend, wie engagiert hier gestritten wird»

Mama Jacky Tuor, 70, pensionierte Pflegerin, Wallis

«Was mir gefällt, ist das Gefühl von Familie, ich fühle mich bei der Unia getragen. Die Unia informiert mich und bildet mich laufend weiter. An diesem Kongress habe ich mein Schofar dabei, ein traditionelles Blasinstrument aus dem Horn eines Widders. Mein Schofar habe ich in Jerusalem erstanden. Wenn ich hohe Töne blase, dann ist es ein Zeichen von hoher Intensität, dann geht die Stimmung hoch. Die tiefen Töne blase ich, um die Leute zu wecken.» (asz)



Christoph Suter, 62, Industriearbeiter, Uzwil SG

«Das ist bereits mein vierter Unia-Kongress. Beim Antrag zur Ablehnung des EU-Abkommens war ich als Redner auf der Bühne. Wir müssen Druck auf den Bundesrat und das Parlament machen, aber durch ein grundsätzliches Nein zum Abkommen hätten wir nichts mehr in der Hand. Ich habe mich gefreut, dass die Mehrheit der Delegierten das auch so sah und den Antrag abgelehnt hat.» (isc)



Kezia Ortiz, 29, Reinigerin, Luzern

«Der Kongress ist eine sehr gute Erfahrung. Die Unia gibt auch Migrantinnen und Migranten eine Stimme, sie gibt allen eine Chance. Ich bin immer besonders berührt, wenn Frauen sprechen. Hier am Kongress ist mir erst klar geworden, wie stark die Frauen in der Unia sind.» (asz)



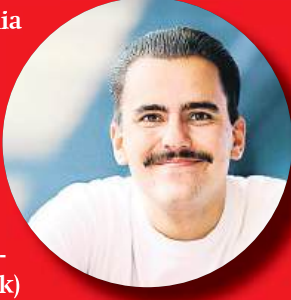
Olga Pisarek, 42, Therapeutin, Ostermundigen BE

«Migration ist kein Ausnahmezustand, sondern seit eh und je Teil unserer Geschichte und unseres Alltags. Vielfalt ist unsere Stärke! Und es macht mich stolz, Mitglied einer Organisation zu sein, in der sich so viele verschiedene Menschen jeden Tag für eine gerechte und solidarische Schweiz einsetzen.» (jok)



Andri Meyer, 25, Chemielaborant, Steinhof SO

«Obwohl ich in vielen Abstimmungen die Minderheitsposition vertreten habe – wir von der IG Jugend wollten zum Beispiel, dass die Unia jegliche Waffenexporte ablehnt –, bin ich mit dem Kongress sehr zufrieden. Denn die Diskussionen sind super, und die Basis hat das letzte Wort. Zudem lernt man viele interessante Leute kennen.» (jok)



Rosmarie Hintermeister, 57, Schreinerin, Bern



«Obwohl ich seit vielen Jahren Mitglied bin, ist dies mein erster Kongress. Es ist sehr spannend, aber die Diskussionen sind sehr breit: Sie gehen für mich von verständlichen Anliegen bis zu Wortklaubeeren. Ich bin auch beeindruckt, wie konzentriert viele Delegierte sind.» (asz)

Christopher Bühler, 35, Anwalt, Kreuzlingen TG

«Es ist beeindruckend, wie engagiert hier manchmal um einzelne Formulierungen gestritten wird. Trotzdem sind am Schluss kaum Beleidigungen auszumachen. Das spricht für eine reife Debatte. Selbst Mila Sophie (7 Monate) findet es spannend hier. Meine Sektions-Gspännli bespassen sie ständig. Sie ist auf jeden Fall immer in guten Händen hier in Brig.» (jok)





EMOTIONEN, VOTEN UND DISKUSSIONEN: Der Unia-Kongress in Brig hatte viele Gesichter. FOTOS: MANU FRIEDERICH



DIE UNIA-GESCHÄFTSLEITUNG: (v.l.) Bruna Campanello, Nico Lutz, Véronique Polito, Vania Alleva (Präsidentin) und Martin Tanner (alle bisher) mit den neu gewählten Silvia Locatelli und Timur Öztürk. FOTO: MANU FRIEDERICH



Unia-Kongress diskutiert das EU-Abkommen Ohne Lohnschutz, ohne uns!



ABSTIMMUNG: Die Delegierten bestimmen, welche Positionen die Unia vertritt. FOTO: MANU FRIEDERICH

Die Delegierten machen klar: Eine Ja-Parole zu den Bilateralen III kann es nur geben, wenn die Löhne mit den von den Gewerkschaften erkämpften innenpolitischen Massnahmen geschützt werden.

CLEMENS STUDER

Das Land diskutiert zurzeit über zwei politische Geschäfte, die das Verhältnis der Schweiz mit Europa betreffen. Und potentiell die Löhne und die Rechte der Lohnabhängigen gefährden. Beim ersten handelt es sich um die Bilateralen III. Beim zweiten um die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP, die grün getarnt die Personenfreizügigkeit und damit die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne abschaffen will (die Hintergründe hier: [rebrand.ly/was-die-rechten-wollen](#)). Dem Kongress lag ein Positionspapier unter dem Titel «Löhne schützen, nicht Grenzen – Rechte ausbauen, nicht abbauen» vor, das zu beiden Geschäften Stellung bezieht und die migrationspolitischen Positionen der Unia formuliert (im Volltext: [rebrand.ly/löhne-schützen](#)).

«NEIN JETZT!»

Anträge der IG Jugend und der Region Bern-Oberaargau-Emmental wollten das Papier so abändern, dass die Unia bereits jetzt Nein zu den Bilateralen III sagt. Ihre Vertretenden halten die 14 innenpolitischen Massnahmen zum Lohnschutz, über die das Parlament noch abstimmen muss, für ungenügend. Die Befürchtung: Wenn die Unia den Bilateralen zustimmen sollte, würde sie Mitglieder

enttäuschen und an Glaubwürdigkeit verlieren und der SVP das Feld überlassen.

«IM RENNEN BLEIBEN!»

Nico Lutz von der Geschäftsleitung war persönlich an den Verhandlungen beteiligt, aus denen die vom Bundesrat vorgelegten 14 innenpolitischen Massnahmen zum Lohnschutz entstanden. Er sagte vor dem Kongress: «Es geht nicht darum, sich jetzt sofort für oder gegen diese Abkommen zu positionieren, sondern erst nachdem sich das Parlament geussert hat. Wir haben immer die Linie der Lohnverteidigung verfolgt, und die vorliegenden Massnahmen bieten deutliche Fortschritte. Es gibt noch Dinge zu korrigieren, aber wenn wir uns aus den Diskussionen zurückziehen, dann sind wir in der weiteren Debatte aus dem Rennen. Begeht diesen strategischen Fehler nicht».

«Begeht diesen Fehler nicht!»

NICO LUTZ, GESCHÄFTSLEITUNG UNIA

Deutlich wurde im Verlauf der Debatte auch das besondere Unbehagen im Süden. Angelica Sorrentino hielt zwar fest: «Es ist nicht der Moment für Abschottungspositionen, aber die Verhandlungen sind nicht zufriedenstellend.» Im Tessin, erinnerte sie, sind die Lebenshaltungskosten ähnlich hoch wie im Rest des Landes, die Löhne jedoch rund 20 Prozent tiefer. Ein Drittel der Beschäftigten seien Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die bis zu 30 Prozent weniger verdienen. Die regionalen Arbeitgeber profitieren davon seit Jahren und halten am Lohndumping fest. Als Signal, dass es deutliche Verbesserungen braucht, kündigte sie die Enthaltung der Tessiner Delegierten an.

Der Kongress lehnte in der Folge die Anträge auf ein sofortiges Nein zu den Bilateralen III ab: mit 158 Nein zu 40 Ja und 40 Enthaltungen beziehungsweise mit 144 Nein, 46 Ja und 41 Enthaltungen.

Bilaterale III: Das steht im Massnahmenpaket

Die Gewerkschaften haben mit den Arbeitgeberverbänden 13 Massnahmen ausgearbeitet, mit denen der Lohnschutz, der mit den Bilateralen III geschwächt wird, innenpolitisch abgesichert werden kann. Angereichert mit einer 14. Massnahme zum Kündigungsschutz, hat der Bundesrat diese Massnahmen dem Parlament zur Behandlung überwiesen. Die Hauptpunkte:

- **Spesenregelung:** EU-Firmen, die Beschäftigte in die Schweiz entsenden, müssen künftig sicherstellen, dass diese dieselben Spesen erhalten wie hiesige Arbeitnehmende. Damit soll verhindert werden, dass Spesen als versteckte Form des Lohndumpings missbraucht werden.
- **Haftungskette bei Subunternehmen:** Öffentliche Aufträge dürfen nur an Firmen vergeben werden, die Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten. Zudem haften Hauptunternehmen künftig mit, wenn ihre Subunternehmen gegen Vorschriften verstossen.
- **Verbesserungen bei GAV:** Das Lohnschutzpaket sieht Anpassungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen vor. Allerdings werden leider nur die Quoten für bestehende Gesamtarbeitsverträge angepasst. Das bringt gerade in wachsenden Branchen mit ungenügenden Arbeitsbedingungen wie etwa der privaten Pflege keine Verbesserung.
- **Fortschritt beim Kündigungsschutz:** Das Schweizer Kündigungsrecht entspricht nicht den völkerrechtlichen Standards. Lohnabhängige, die sich für die Rechte und Interessen ihrer Arbeitskolleginnen einsetzen, sind vor willkürlichen Kündigungen nicht geschützt. Jetzt ist der Bundesrat bereit, minimale Verbesserungen zu machen.

Über die innenpolitischen Massnahmen und die Haltung der Unia dazu hat work hier ausführlich berichtet: [rebrand.ly/lohnschutz-paket](#).

Debatte und Ergebnis machten es einmal mehr deutlich: Ein Ja zu den Bilateralen III gibt es von der Unia nur, wenn diese den Lohnabhängigen nützen. Dazu braucht es im Minimum die 14 innenpolitischen Massnahmen. Die Botschaft der Unia-Delegierten in vier Worten: «Ohne Lohnschutz, ohne uns!» Die engagierte Debatte verfolgten als Kongressgäste auch einige Vertreter von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden. Hoffentlich haben sie gut zugehört. Und ziehen bei den Instruktionen für ihre Parlamentarierinnen und Parlamentarier die richtigen Schlüsse.

Perspektiven 2045

Auf die nächsten 20 Jahre!

20 Jahre Unia feierte der Kongress. Und die nächsten 20 Jahre bereitet er vor. Mit der Diskussion und der Zustimmung zum «Perspektivenpapier 2045» leisteten die Delegierten ein selbstbewusstes und mutiges Stück Zukunftsarbeit. Mutig, weil es nicht um Selbstdarstellung geht, sondern um die grossen Fragen: Wie sieht Arbeit in zwanzig Jahren aus? Wer hat Macht, wer Rechte, wem gebührt Respekt?

Im Zentrum steht die **Würde der Arbeit:** gegen Entwertung, Ausbeutung und Angst. Faire Löhne, planbare Arbeitszeiten, Weiterbildung, Gesundheitsschutz und Mitbestimmung sind Grundrechte, keine Gefälligkeiten

Der **Strukturwandel** soll aktiv gestaltet werden: mehr gewerkschaftliches Gewicht im Dienstleistungs- und Care-Sektor, mehr GAV, eine Mindestlohnoffensive in den Tieflohnbranchen.

Gegen die **Flexibilisierung und Deregulierung** stellt die Unia die Kraft der Solidarität: Schluss mit Arbeit auf Abruf, Prekarität und Vereinzelung.

Die **Digitalisierung** wird als Machtfrage begriffen. Und mit klaren Forderungen nach Datenschutz, Kontrolle der Algorithmen und Teilhabe an den Rationalisierungsgewinnen beantwortet.

Die **Migration** gehört zu uns: gleiche Rechte für alle unabhängig vom Pass, Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung, ein modernes Bürger:innenrecht.

Auch die **älter werdende Gesellschaft** ist ein Schwerpunkt gewerkschaftlicher Arbeit und Politik: eine starke AHV ohne Rentenaltererhöhung, solidarisch finanzierte Pflege, humane Betreuung statt Profitlogik.

Gesundheit, Bildung und Klima sind keine Nebenthemen, sondern soziale Kernfragen: Arbeit



PERSPEKTIVEN 2045: Die Unia verabschiedet ein Zukunftsprogramm mit klarer Haltung. FOTO: UNIA

darf nicht krank machen, Bildung ist ein Menschenrecht, Klimaschutz eine Gerechtigkeitsfrage.

Und schliesslich: eine **Weltordnung** der Solidarität, gegen Aufrüstung, Chauvinismus und Faschismus.

«Perspektiven 2045» ist kein Wunschzettel, sondern ein Programm mit klarer Haltung: Ein gutes und würdiges Leben fällt nicht vom Himmel. Es muss gemeinsam erkämpft werden. CLEMENS STUDER

Die Stimmen vom Unia-Kongress: «Der Kongress ist ein demokratischer Ort, eine Lebensschule»

Lilia Benyezzar, 43, Erwachsenenbilderin, Delémont JU

«Ich bin seit vier Jahren Mitglied der Unia und das erste Mal am Kongress. Ich lerne und diskutiere gerne, da bin ich hier voll im Element. Der Kongress ist ein demokratischer Ort, eine Lebensschule. Alles ist gut, ausser dass ich mein Hotelzimmer nicht auf Anhieb gefunden habe, aber ich habe es trotzdem noch zum Konzert von Todos Destinos geschafft.» (isc)



Stephan Maurer, 50, Detailhandel, Region BOAE

«Ich bin seit dem Gründungskongress der Unia dabei. Auch dieser 5. Kongress ist super organisiert. Es werden die richtigen Diskussionen geführt. Auch wenn einmal nicht alle gleicher Meinung sind, bleiben die Diskussionen anständig, respektvoll und solidarisch. Die Kongresse sind immer auch wie ein riesiges Familientreffen. Das gefällt mir sehr!» (cs)



Dominique Hodel, 35, Detailhandel, Bern

«Es ist mein erster Kongress als Delegierte. Ich bin beeindruckt, wie engagiert hier gearbeitet wird. Es ist ganz wichtig, dass sich die Unia energisch positioniert für die Rechte der Arbeitnehmenden, der Frauen und der Migrierten. Denn unsere Rechte werden vom bürgerlichen Parlament immer heftiger angegriffen, und die Arbeitgeber bewegen sich auch nur, wenn die Arbeitenden Druck machen und sich wehren. Persönlich gefällt mir der Austausch mit anderen Unia-Engagierten aus der ganzen Schweiz. Es tut gut zu sehen, wie viele Menschen gleich oder ähnlich denken.» (cs)



Lana Voisard, 21, Coiffeuse, Jura

«In wenigen Wochen haben wir für die Petition für 8 Wochen Ferien in der Lehre fast 180'000 Unterschriften gesammelt. Das war ein unglaubliches Erfolgserlebnis für uns Lernende. Auch hier am Kongress durften wir darüber berichten und haben vom ganzen Saal die Unterstützung und Solidarität gespürt. Wir kommen mit dieser Petition einen kleinen Schritt näher, die Lehre für junge Menschen besser zu machen. Das ist auch der Grund, warum ich am Kongress dabei bin.» (dak)



Justine Heusler, 20, Modedesignerin, Jura

«Hier am Kongress sind viele Generationen vertreten, und ich bin für die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter da. Mit der Interessengruppe Jugend haben wir eine Stimme. Wir werden bei der Gewerkschaft ernst genommen, was wir aus der Lehre nicht so kennen.» (dak)



Regina Karich, 53, Verkäuferin, Aargau-Nordwestschweiz

«Ich habe schon ganz viele Kolleginnen aus dem Verkauf getroffen. Es tut einfach gut, so viele bekannte Gesichter zu sehen! Das ist mein zweiter Kongress, aber letztes Mal blieben ja die Regionen wegen der Pandemie unter sich. Jetzt kommen die Leute aus der ganzen Schweiz zusammen, das ist schon ganz etwas anderes! Was ich auch cool finde: Wie wir miteinander diskutieren. Gerade ging es um die SVP-Initiative. Es gab ganz unterschiedliche Standpunkte und Argumente zur Migration zu hören. Ich finde es super, wie wir solche Fragen innerhalb der Unia ausdiskutieren.» (che)



Bevor Arbeitsunfälle die Freizeit vermiesen: Sag STOPP bei Gefahr.

STOPP
sagen



Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva



ÖL IST HOCH IM KURS: Statt in Alternativenenergien investieren die USA und Klimakiller-Konzerne wieder in Ölraffinerien. FOTO: ADOBE STOCK

Weltklimakonferenz in Brasilien

Die Stunde der Klimakiller

Schaffen es China, Brasilien und ein paar Willige an der Klimakonferenz in Belém, eine Koalition gegen die USA auf die Beine zu stellen?

OLIVER FAHRNI

Man mag es nicht mehr hören, das Gerede von der Weltklimakonferenz der «letzten Chance». 2015 hatten sich 184 Nationen in Paris darauf geeinigt, die Überhitzung der Erde durch die fossile Wirtschaft auf 1,5 Grad zu begrenzen – weil alles andere verheerend wäre.

Der Ausstieg aus dem fossilen Kapitalismus ist seither das Überlebensprojekt der Menschheit. Etliche Palaver folgten. 2024 aber wurde die 1,5-Grad-Marke überschritten. Jetzt geht die Rede von 2,8 Grad und mehr. Weite Teile der Erde wären dann aber unbewohnbar, mit Folgen wie Hunger, Massenflucht, Verwüstung, Krieg. Das befeuert die Ökoangst, eine neue psychiatrische Epidemie. Aber auch den Widerstand der Gesellschaften. Doch nie wurde so viel Öl, Kohle und Gas verfeuert wie heute.

le, Gas verfeuert wie heute, zehn Jahre nach Paris. Nie waren die Investitionen der Banken, Konzerne und Finanzfonds in die Kohlenstoffe höher als 2024.

DER ELEFANT IM RAUM

Alle Fakten liegen auf dem Tisch, konstatiert der Brasilianer André Corrêa do Lago. Er leitet die COP 30, die bis zum 21. November in Belém, dem karibischen Tor zum Amazonas, stattfindet. Heute gehe es nicht mehr darum, einen Befund zu diskutieren, sagt Corrêa do Lago, sondern darum, «verbindliche, klare Schritte zu tun». Die das Unheil doch noch abwenden.

Nur, während schon 250 Millionen Menschen auf der Flucht vor Klimaereignissen sind,

die Welt brennt, Orkane toben, die Wasser steigen und ganze Ökosysteme kippen, bellte US-Präsident Donald Trump von der Tribüne der Vereinten Nationen: «Die angebliche Klimakrise ist der grösste Beschiss aller Zeiten... Wenn ihr diesen grünen Schwindel nicht ablehnt, geht euer Land unter.»

Das war als Drohung gemeint. Das US-Regime begnügt sich nicht damit, seine Klimaforscher zu entlassen, Umweltvorschriften zu kippen, Windparks zu zerstören, Naturschutzgebiete für Bohrungen freizugeben (Trump: «Drill, baby, drill!») und internationale Klimabemühungen wie die COP 30 zu boykottieren. Auch die anderen Länder sollen daran gehindert werden, etwas für ihren klimatischen Umbau zu tun.

So lag im Oktober nach jahrelangen Verhandlungen etwa ein globales Abkommen über Containerschiffe bereit. Trump drohte mit Strafzöllen und Sanktionen gegen die Verhandler und mit dem Verbot für umweltfreundliche Frachter, US-Häfen anzulaufen. Eine beteiligte europäische Ministerin spricht von «harten, persönlichen Einschüchterungen». Jetzt ist das Abkommen tot.

TAUSENDE LOBBYISTEN

In Belém wird keine US-Regierungsdelegation auftreten, aber Hunderte von inoffiziellen US-Agenten haben begonnen, die COP 30 aufzumischen. Neben schätzungsweise 3000 Öl-, Gas- und Kohle-Lobbyisten. Plus die vielen Lobby-Leute in den offiziellen Delegationen (in der Schweizer Delegation: eine Vertreterin des Agrochemie-Multis Syngenta).

Wer die Politik der USA der irren Psyche des Präsidenten zuschreibt, verpasst das Wesentliche. Knapp gefasst: Natürlich erkennen Trump und seine Entourage die Mechanik der Überhitzung. Doch Ökologie und der verschärfte Kapitalismus gehen nicht zusammen, sagen sie. Vor der Wahl zwischen Profit und dem Überleben der Menschheit wählen sie den Profit. Solange es irgendwie geht.

Das spiegelt exakt die Bedürfnisse des Kapitals. Die Ölbohrer Exxon und Shell wissen seit

den späten 1960er Jahren, dass sie das Klima bis zur Apokalypse aufheizen. Sie haben ihre Macht genutzt, um dieses Wissen zu verbergen, dann zu bestreiten und schliesslich in einen Vorteil zu wenden: Ab 2000 wurden sie zu den Champions erneuerbarer Energien. Die britische Regierung übertrug ihre Energiepolitik an BP und Shell, die französische ganz an Total. Doch der feuchte Traum vom Klima-Kapitalismus funktionierte nur im staatskapitalistischen China. Inzwischen ist Sonnenstrom der billigste Strom, aber er wirft kapitalistisch zu wenig Rendite ab.

Seit 2020 liquidieren also etwa BP und Total ihre Investitionen in die Alternativenenergien. Jetzt gilt dort: Öl ist alles. Dasselbe in der Finanz: 2017 verschickte der Boss des weltgrössten Finanzfonds Black Rock (12 500 Milliarden) einen Newsletter: Alles in grüne Fonds. Sechs Jahre später rudert er zurück: zu wenig rentabel. Rechtsrum ins Öl, in Rüstung und KI.

DREI HERAUSFORDERUNGEN

So wird deutlich, dass die Herausforderung in Belém darin besteht, eine globale Klima-Koalition gegen die USA und die Klimakiller-Konzerne auf die Beine zu stellen. Das kann nur gelingen, wenn China und die anderen Willigen mindestens 1300 Milliarden Dollar aufreiben, um den Ländern des globalen Südens den Verzicht auf Öl, Kohle und Gas zu ermöglichen. Warum? Brasiliens progressiver Präsident Lula da Silva hat kurz vor der Konferenz neue Ölbohrungen im Amazonas zugelassen. Ein grober Widerspruch. Doch Lula braucht das Geld, um die Armut im Land zu besiegen. Sonst kommt die extreme Rechte zurück – und die will den Amazonas, Lunge der Welt, abholzen.

Und was ist mit der EU? Die schleicht unter den Hammerschlägen der extremen Rechten gerade von den Klimazielen weg. Rüstung geht vor. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hielt in Belém wie immer eine bombastische Rede gegen «die Propheten des Chaos» (Trump) – zu Hause aber unterdrückt er die Klimabewegung mit extremer Brutalität.



Irland Sozialistin wird Präsidentin

Fast überall in Europa geht der politische Trend nach rechts. Doch in Irland gewann eine unabhängige Sozialistin, Catherine Connolly, mit 65 Prozent der Stimmen die Präsidentschaftswahl haushoch. Das Amt der Präsidentin ist in Irland zwar weitgehend zeremoniell, dennoch ist Connollys Sieg eine deutliche Abfuhr für die rechten Parteien, Fianna Fáil und Fine Gael, die Irland seit der Un-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

abhängigkeit vor hundert Jahren ununterbrochen regieren.

13 GESCHWISTER. Connolly wuchs in einem Arbeiterquartier in Galway auf, als neuntes von vierzehn Geschwistern. Ihr Vater war Zimmermann und Schiffbauer. Ihre Mutter starb, als Connolly neun Jahre alt war. Seit ihrer Kindheit setzte sie sich für soziale Gerechtigkeit ein. Im Wahlkampf forderte sie ein «neues Irland»: für Gleichberechtigung, Gewerkschaftsrechte, die irische Sprache, eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik und einen stärkeren Mieterschutz.

WOHNUNGSWAHN. Vielen – besonders Jugendlichen – fällt es immer schwerer, eine Bleibe zu finden. Trotz dem phänomenalen Wirtschaftswachstum von fast 10 Prozent nimmt die Zahl der Obdachlosen stetig zu. Alleine in Dublin wohnen 16000 Menschen in Notunterkünften. Trotzdem setzen die rechten Parteien

Ihr Sieg ist eine Abfuhr an die rechten Parteien.

weiterhin auf den «freien Markt». Zudem befeuern sie den rasanten Anstieg der Mieten durch Mietsubventionen von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Mietzuschüsse füllen letztlich aber nur die Taschen der Vermieter, da diese die Mieten an die Zahlungsfähigkeit der Mietenden anpassen dürfen. Dagegen vernachlässigen die rechten Parteien seit Jahren den Mieterschutz und den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Kein Wunder, konnte Connolly die Vision eines «neues Irland» überzeugend vermitteln.

SPIEL MIT DEM FEUER. Trotz der Wahlschlappe halten die rechten Parteien an ihrer neoliberalen Politik fest. Der Parteichef von «Fine Gael», Simon Harris, ist nun aber noch weiter nach rechts gerückt und macht die Migration für die sozialen Probleme im Land verantwortlich. Bisher hatte Fremdenfeindlichkeit in Irland keinen Platz. Sogar die irische Nationalhymne – ursprünglich ein Gewerkschaftslied aus dem Unabhängigkeitskampf – begrüsst ausdrücklich alle, «die aus einem Land jenseits der See gekommen sind».

Doch seit Wochen machen Rechts-extreme, mit rechtsextremer Unterstützung aus den USA und aus England, Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten. Nach dem fremdenfeindlichen Schwenk von Harris kam es sogar zu Brandanschlägen auf Asylunterkünfte. Um die Privilegien der Reichen zu verteidigen, spielen rechte Politiker offensichtlich nun auch in Irland mit den Feuer.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.



Erbschaftssteuer gegen Klimawandel: Warum ist die Aufregung über die Juso-Initiative so gross?

Mit ihrer Initiative wollen die Juso die Superreichen besteuern, wenn sie erben. Und dieses Geld benützen, um mehr gegen den Klimawandel zu machen. Sollte die Initiative über 35 Prozent der Stimmen holen, gilt auch international: Reiche, hört die Signale!

Am 30. November entscheidet das Schweizer Stimmvolk darüber, ob Erbschaften über 50 Millionen endlich besteuert werden. Das fordert eine Initiative der Juso. Und die NZZ schießt jeden Tag aus allen Rohren dagegen. Dabei ist die Initiative verglichen mit dem, was linke Ökonomen in Frankreich oder die Linke in Deutschland fordern, mehr als brav.

Die neuen Erbschaftssteuern würden nur Erbinnen und Erben betreffen, die ein ausgewiesenes Vermögen von mehr als 50 Millionen erben. Faktisch geht es, da die Treuhänder bei nicht börsennotierten Unternehmen immer tiefstapeln, um Unternehmensvermögen von über 100 Millionen Franken. Das heisst: Die ersten 100 Millionen Franken werden nicht besteuert. Nur was über diesem Betrag liegt, würde mit 50 Prozent besteuert.



DIE SUPERREICHEN BESTEUERN UND DAS KLIMA RETTEN: Die Juso-Initiative ist Zuckerwasser verglichen mit dem, was Linke und Gewerkschaften etwa in Frankreich fordern. FOTO: KEYSTONE

Bedeutet: Kleine und mittlere Unternehmen wären gar nicht betroffen, weil sie gar nicht so viel Kapital anhäufen konnten. Das Wirtschaftsmagazin «Bilan» veröffentlicht jedes Jahr die Liste aller Personen, die mehr als 100 Millionen Franken Vermögen haben. Ihr gesamtes Vermögen liegt irgendwo zwischen 300 und 400 Milliarden Franken.

Kopfrechnen: Wenn von den 300 Steinreichen jedes Jahr 15 sterben, würden rund sechs bis sieben Milliarden Steuern anfallen. Das ist der Betrag, den die Juso berechnen liessen.

Der Grossteil der Superreichen in der Schweiz sind Ausländerinnen und Ausländer, die ihre Vermögen und Einkommen nur pauschal versteuern, weil sie in der Schweiz angeblich keiner Arbeit nachgehen. Was heisst das? Dass diese Sofa-Millionärinnen und -Milliardäre nicht gleich viel Steuern bezahlen müssen wie Schweizer Reiche, sondern nur etwa einen Viertel davon. Sie sparen somit, was ihre Erbinnen und Erben bezahlen würden. Von daher werden die meisten nicht aus der Schweiz wegziehen. Umso

mehr, als dass kein Land auf der Welt für die Superreichen sicherer ist als die Schweiz.

RATENZAHLUNG. Initiativen werden nie so heiss umgesetzt wie vorgekocht. Die SP, die Mutterpartei der Juso, zeigt auf, wie die Initiative unternehmensfreundlich umgesetzt werden kann. Wenn Familienunternehmen sich nicht bei den Banken verschulden wollen, können sie den Steuerbetrag innert 15 Jahren in Raten abstopfern. Unternehmerfreundlicher geht es fast nicht mehr!

Zwei Dinge überraschen mich trotzdem: Erstens wird die Initiative so oder so abgelehnt. Sie wird irgendwo zwischen 30 und 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Denn wir wissen: Wer in der Schweiz Veränderungen will, muss mehrere Anläufe unternehmen, wie die AHV und das Frauenstimmrecht belegen. Aber alles über 35 Prozent Ja-Stimmen wäre schon ein starkes Signal.

Zweitens ist genau deshalb die Aufregung so gross: Denn international und national wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer grösser. US-Präsident Trump praktiziert bisher

recht erfolgreich einen staatsrassistischen und staatsmonopolitischen Kapitalismus, der den Reichen und Superreichen dient.

NEW YORK ERWACHT. Der Trumpf-Staat macht die Superreichen also noch reicher. Vor allem jene Tech-Milliardäre, die ihm die Füße küssen. Wer nicht schleimt, wird bedroht. Das gilt selbst für die Sieben-Millionen-City New York, die jetzt trotzdem den Sozialisten Zohran Mamdani zum Bürgermeister gewählt hat. Die Stadt, die angeblich nie schläft, ist politisch erwacht. Dennoch: Die Konzentration von Vermögen in den Händen immer weniger wird sich national und international beschleunigen. Dies, weil nur wenige die Zerschlagung, die Kontrolle oder die Verstaatlichung der Monopole dieser Tech-Milliardäre fordern.

Von daher ist die Juso-Initiative nur ein Tropfen auf den heissen Stein des Neoliberalismus. Aber besser ein Tropfen als kein Tropfen. Denn die Juso möchten das Geld, das die reichen Erbsinnen und Erben bezahlen, benützen, um mehr gegen den Klimawandel zu machen. Auch weil die Reichen pro Kopf die Umwelt viel mehr belasten als alle anderen.

LINKS:

● **rebrand.ly/ungleichgewicht**
Der Schweizer Ökonom Ruedi Meier hat auf 44 Folien zusammengestellt, was den aktuellen Wissensstand in Sachen Ausmass und Entwicklung der Einkommen und Vermögen betrifft. «Die Top 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 76 Prozent des Vermögens, die untersten 50 Prozent nur 2 Prozent.» Nachlesen lohnt sich!

● **rebrand.ly/joseph-stiglitz**
Der US-Ökonom und Nobel-preisträger Joseph Stiglitz ist jetzt 82 Jahre alt. In der österreichischen «Kronen-zeitung» hält er fest: «Derzeit gibt es drei grosse Gefahren. Wenn wir die Umwelt nicht regulieren, bedeutet das einen Klimawandel, der existentiell ist. Ohne Regulie-rung des Wettbewerbs entstehen Monopole, das sehen wir bereits. Und ohne Regulierung der sozialen Medien entsteht eine polarisierte Gesellschaft mit einem verunreinigten Informationsökosystem. Das wiederum führt zu sozialer Erosion.»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

INSERAT

PROFIT

OF

Hunger
löcher

Deine Solidarität zählt – gemeinsam gegen Ungleichheit: solidar.ch



Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen



Zum 100. Todestag von Herman Greulich

Der erste Feminist

Johanna Kaufmann musste sich zwar alleine um die sieben Kinder kümmern. Dennoch: ihr Mann, Arbeiterführer Herman Greulich, war ein feministischer Pionier, der schon früh die «Befreiung des Weibes» forderte.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Herman Greulich (1842–1925) war arm, Arbeiter und Ausländer. Er war Poet und Politiker, Redaktor und Fotograf: Sein Bild der sozialistischen Prominenz in einer Gartenwirtschaft von 1893 in Zürich war *das* Postkarten-Sujet der Arbeiterbewegung. Er spielte Geige, «wenn auch nicht gerade meisterhaft». Er war Statistiker, der «tagelang an seinem Zählrahmen addieren und mit fast zärtlicher Sorgfalt seine kleinen, feinen Tabellen redigieren konnte, der Mann, der doch der geborene Volksredner war und eigentlich kein Sitzleder hatte». Er war sozialistischer Agitator, Gründer der ersten Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz, Wegbereiter der Gewerkschaften. Und er war Feminist.

FEMINISTISCHE PIONIERTATEN

Wenn auch nicht ohne Widersprüche. Weil ihm ein 1.-Mai-Umzug gar zu klein scheint, sagt er: «Und das nächste Mal bringt ihr schöne Frauenzimmer, schöne Frauen! Ihre Schönheit wird unseren Gegnern (...) mehr imponieren als alle unsere Worte!» Wahrscheinlich imponiert ihm auch die Schönheit von Johanna Kaufmann, die er 1867 heiratet. Johanna ist geschult und gebildet. Sie redigiert seine Texte, mobilisiert die Arbeiterinnen. Doch sie alleine kümmert sich um die sieben Kinder. Und darum, die Familie mit dem oft spärlichen Einkommen ihres Gatten über Wasser zu halten. Trotzdem ist Greulich seiner Zeit voraus. Er fordert wahrlich Revolutionäres. Erstmals 1869 am Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), der Ersten Internationale: Frauen sollen arbeiten dürfen! Und für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie die Männer! Doch der Aufruf verhallt – die Lohnleichheit ist bis heute nicht umgesetzt.

BEFREIUNG DER HAUSSKLAVIN

In einer Zeit, in der die Gleichberechtigung in der Arbeiterbewegung noch heftig umstritten ist, propagiert Greulich die «Befreiung des Weibes». Er schreibt: «Gewiss ist es merkwürdig, dass so viele Sozialisten daran nicht denken, ja von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung träumen, in der die Frau, wie heute, Haussklavin bleibt.» Mitten im Ersten Weltkrieg reicht Greulich im Zürcher Kantonsrat eine Motion ein, die das Stimm- und Wahlrecht für Frauen fordert. Die Männer hätten kein Recht, sich als die «einzigen Vertreter der Gattung Mensch zu betrachten». Im Dezember 1918 – kurz nach dem Landesstreik – reicht er im Nationalrat eine Motion für das Frauenstimmrecht ein. Sie wird 1919 immerhin als Postulat überwiesen – und verschwindet dann für Jahrzehnte in einer Schublade.

IM ARBEITER DEN MENSCHEN ACHTEN

Greulichs gewerkschaftlicher Antrieb ist die Arbeitslosigkeit jener Zeit, die Hungerlöhne und die unmenschlich langen Arbeitstage der Arbeiterinnen und Arbeiter. Gewerkschaften sollen für eine Kranken- und Arbeitslosenversicherung sorgen, für Schutz der Gesundheit, für die «Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Arbeitslohns». Oder die «Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in die genossenschaftliche». Greulich ist überzeugt: «Nur die gewerkschaftliche Vereinigung kann den Arbeitern Schutz verleihen (...) nur sie ist im Stand, die Ausbeuter zu zwingen, im Arbeiter den Menschen zu achten.»

KEINE STREIKS ZUM SELBSTZWECK

Politisch ist Greulich kein Revolutionär. Er fordert Reformen innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Er ist ein Verfechter der direkten Demokratie, engagiert sich für das Proporzwahlrecht. Als Politiker ver-



POWER-PAAR: Herman Greulich und seine Frau Johanna. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

tritt er eine pragmatische, konsensorientierte Linie und steht damit im Zwist mit den Parteilinken der Sozialdemokratie. Er ist gegen die Monarchien, aber auch gegen den Kommunismus. Die Anarchisten fürchtet er, ihren Vordenker Michail Bakunin bezeichnet er als «Elefantenmenschen mit den Augen und der Mähne eines Löwen». Er ist gegen die Taktik des Generalstreiks, denn ein Streik darf für ihn kein Druckmittel für politische Umstürze sein, sondern das «Mittel (soll) dem Zwecke entsprechen». Das führt zum Konflikt mit dem Landesstreikführer Robert Grimm. Hindert Greulich aber nicht daran, sich im Nationalrat «solidarisch» zu erklären mit dem, «was da geschehen ist».

Trotz massivem Widerstand gegen den «Sozialistenhäuptling» wird er 1877 eingebürgert. Nach ihm, der perfekt Zürichdeutsch spricht, wird später im Zürcher Kreis 4 eine Strasse benannt.

DAS VOLK HAT HUNGER

Unermüdlich weibelt Greulich für die Arbeiterbewegung, in den hintersten Chracen, auf internationalen Konferenzen, im Nationalrat. Nicht selten mit einer Prise Humor: «Meine Herren (Nationalräte), wenn Sie für einen Augenblick Ihre Privatunterhaltung unterbrechen und aufhorchen wollen – das Volk hat Hunger!»

Kritik von links oder rechts schreckt Greulich nicht ab, gelegentlich macht er sich sogar über seine Gegner lustig. So schreibt er im Abstim-

Herman Greulich: Buchbinder aus Breslau

1824: Geburt in Breslau (heutiges Polen), Vater Kutscher, Mutter Kindermädchen, Besuch der Armenschule
1856: Abschluss der Buchbinderlehre
1865: Ankunft in Zürich, Arbeit als Buchbinder und als Fotografengehilfe
1867–1870: Greulich gründet Gewerkschaften und eine erste sozialdemokratische Partei
1869–1880: Redaktor «Tagwacht»
1873: Mitgründer des Schweizerischen Arbeiterbundes, aus dem später der Schweizerische Gewerkschaftsbund hervorgeht
1880–1884: Arbeit als Kaffeeröster im Konsumverein Zürich
1884–1887: Angestellter beim Statistischen Amt des Kantons Zürich
1887: Erster Sekretär des Schweizerischen Arbeitersekretariats
1897: Greulich veranstaltet eine internationale Arbeiterschutzkonferenz in Zürich; die Tagung gibt den Anstoss zur späteren Gründung der ILO
1905: Mitbegründer des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter (heute VPOD) und bis 1915 dessen erster Präsident

mungskampf um das erste Schweizer Fabrikgesetz von 1877: ein Fabrikant habe allen Ernstes von «diesem Greulich» erzählt, «der stets in Frack, Zylinder und Glacés (Handschuhe) herumläuft», nichts tue und von Arbeiterrappen schmelze und Champagner saufe. Offenbar war die Mär der unrechtmässig reichen Gewerkschaften und Cüpli-Linken schon damals verbreitet.

Im November zeigt das Sozialarchiv in Zürich eine kleine Ausstellung mit Dokumenten zu Greulichs Leben und Wirken: sozialarchiv.ch.

Debatte in St. Gallen

Heisszeit-Kapitalismus

Die Klimaerhitzung verändert die Grundlagen der globalen Ökonomie. Kriege und Klimakatastrophen lösen Versorgungsengpässe aus, etwa bei Grundnahrungsmitteln oder Energieträgern. Im Kampf um Rohstoffe, klimaresiliente Lebensräume und geostrategische Positionen wollen Trump & Co. den Weg in einen Heisszeit-Imperialismus ebnen. Die neoliberale Weltordnung zerfällt. Wie und wo entsteht Widerstand? Mit welchen Perspektiven? Und was will der linke Think-Tank Denknetz mit dem Projekt Heisszeit?

Ein **Diskussionsabend** mit Franziska Ryser (Nationalrätin), Beat Ringger und Max Fischer (Denknetz) in Kooperation mit der Erfreulichen Universität St. Gallen. 9. Dezember, 19.30 Uhr, Palace, Blumenbergplatz, St. Gallen

Politstar in Olten

«Willi national»

Wie haben sich soziale Netzwerke entwickelt? Und was macht einen Bundesrat zum Volkshelden? Diesen Fragen geht das Historische Museum Olten mit gleich zwei neuen Sonderausstellungen nach. Im Zentrum ste-



VOLKSNAH: Willi Ritschard mit seinem Enkelkind auf dem Fahrrad. FOTO: PD

hen die Geschichte der sozialen Sicherheit – von den frühen Hilfsnetzwerken des 18. Jahrhunderts bis zum 13.-AHV-Triumph von 2024 – sowie der erste Arbeiter in der Landesregierung, der Solothurner SP-Mann und Baugewerkschafter Willi Ritschard (1918–1983). In der Doppelausstellung können an bestimmten Stellen buchstäblich die Seiten gewechselt und spannende Bezüge zwischen den beiden Themen entdeckt werden.

Vernissage der Doppelausstellung am 13. November, 18.30 Uhr mit Stadtpräsident Thomas Marbet (SP), Kurator Peter Keller und Museumsleiterin Luisa Bertolaccini. Haus der Museen, Konradstrasse 7, Olten. Am 19. April 2026 enden die beiden Ausstellungen.

16 Tage überall

Gegen Gewalt an Frauen

Ob Selbstverteidigung in Zürich, Tanztheater in Herisau oder Lesung in Chur. Ob Chorkonzert in Bern, Wen-Do in Frick oder Strategie in Luzern. Jedes Jahr vom 25. November bis zum 10. Dezember engagieren sich schweizweit über 300 Organisationen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Die Kampagne und den bunten Veranstaltungskalender dazu koordiniert Frieda, die feministische Friedensorganisation. In diesem Jahr steht eine Realität im Zentrum, die oft ignoriert wird: geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen. Der work-Tipp führt nach Weinfelden und lautet: «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: Erkennen, handeln und unterstützen».

Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, vom 25. November bis zum 10. Dezember. Mehr Infos unter www.16tage.ch



Das offene Ohr
Mirjam Brunner
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Pausen I: Muss ich an einem kurzen Arbeitstag Pause machen?

Ich habe eine Teilzeitanstellung im Detailhandel und arbeite 6 Stunden pro Tag. Meine Chefin verlangt, dass ich eine Stunde Mittagspause mache. Ich möchte lieber keine Pause machen, um möglichst früh nach Hause gehen zu können. Kann ich meiner Chefin sagen, dass ich wegen der kurzen Arbeitstage keine Pause machen möchte?

MIRJAM BRUNNER: Nein. Bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als 5,5 Stunden ist eine Pause von mindestens 15 Minuten obligatorisch. Zweck der Pausen sind Erholung und Verpflegung. Deshalb sollte sie etwa in der Mitte des Arbeitstages angelegt sein. Im Gesetz wird nur eine Mindestdauer der Pausen festgelegt. Längere Pausen können jederzeit vereinbart werden. Sie können Ihren



OBLIGATORISCH: Ab einem Arbeitstag von mehr als 5,5 Stunden steht Ihnen eine Pause zu. FOTO: ADOBE STOCK

Wunsch nach kürzeren Pausen bei Ihrer Chefin anbringen, einen Anspruch darauf haben Sie aber leider nicht.

Pausen II: Dürfen sie mir eine Stunde für den Mittag abziehen?

Als Kauffrau arbeite ich auf dem Sekretariat eines grösseren Betriebs. Meine Arbeitszeit beträgt üblicherweise 8 Stunden pro Tag, und ich habe eine Mittagspause von 30 Minuten. Gestern nachmittag ist mein Kollege wegen starker Kopfschmerzen früher nach Hause gegangen, und ich musste für ihn einspringen. Deshalb habe ich ausnahmsweise 9 Stunden und 20 Minuten gearbeitet. Beim Ausstempeln hat mir das Zeiterfassungssystem automatisch eine zusätzliche Pause von 30 Minuten abgezogen. Nach dem Mittagessen habe ich aber gar keine Pause mehr gemacht. Mein Chef sagt, das sei so, weil es bei einer Arbeitszeit über 9 Stunden obligatorisch sei, eine Stunde Pause zu machen. Es kann doch nicht sein, dass mir eine zusätzliche Pause abgezogen wird, weil ich unerwartet länger arbeiten musste?

MIRJAM BRUNNER: Nein, das ist tatsächlich nicht korrekt. Wenn Sie üblicherweise 8 Stunden arbeiten und nicht vorhersehbar war, dass Sie an diesem Tag mehr als 9 Stunden arbeiten, darf Ihnen keine zusätzliche Pause abgezogen werden. Im Gesetz steht zwar, dass bei einer täglichen Arbeitszeit von über 9 Stunden mindestens eine Stunde Pause gemacht werden muss. Die Mindestdauer der Pausen wird aber aufgrund der üblichen oder geplanten Arbeitszeit festgelegt. In Ihrem Fall lag die geplante Arbeitszeit bei 8 Stunden. Deshalb ist es in Ordnung, dass Sie nur 30 Minuten Pause gemacht haben. Es ist zwar richtig, dass der Arbeitgeber Sie darauf hinweist, dass die Mindestdauer der Pausen in der Regel eine Stunde beträgt, wenn Sie mehr als 9 Stunden am Tag arbeiten. Er darf Ihnen im genannten Fall dafür aber nicht geleistete Arbeitszeit abziehen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die automatische Pause im Zeiterfassungssystem zu korrigieren.

Unia-Mitgliedschaft: Sie haben viele Möglichkeiten, sich einzubringen, und können davon auch profitieren

Machen Sie nicht nur die Faust im Sack

Ein Teil der Gewerkschaft Unia zu sein ist auf viele verschiedene Arten möglich. work zeigt Ihnen auf, wie Sie die Unia unterstützen können – und was Sie selbst davon haben.

MARIA KÜNZLI

MITGLIEDSCHAFT. Keine Zeit, sich aktiv einzubringen? Kein Problem. Als Teil der grössten Gewerkschaft der Schweiz unterstützen Sie mit Ihrem Beitrag die Arbeit der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Ausserdem haben Sie als Mitglied Anspruch auf Rechtsschutz bei arbeitsrechtlichen Fragen und Zugang zu diversen Vorteilen wie Sprachkursen, Weiterbildungen und Vergünstigungen (siehe Spalte rechts).

DABEI SEIN. Am 22. November findet in Bern ab 14.15 Uhr eine nationale Kundgebung des Gesundheitspersonals statt. Es geht darum, dass der Gesetzesentwurf des Bundesrats zur Umsetzung der Pflegeinitiative völlig ungenügend ist. Um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, braucht es mehr Personal und mehr Mittel für Pflege und Betreuung. Deshalb geht das Gesundheitspersonal gemeinsam mit solidarischen Menschen und der Unia auf den Bundesplatz, um lautstark und zahlreich eine adäquate Umsetzung der Initiative zu fordern. Die Unia organisiert viele Kundgebungen und Demos, um den Druck auf die Politik zu erhöhen, und hat damit schon vieles erreicht. Aber es braucht Menschen, die die Aktionen unterstützen. Sind Sie dabei am 22. November?

INTERESSENGRUPPE. Wer sich gerne für ein bestimmtes Thema und gemeinsam mit anderen einsetzen möchte, kann sich einer der vier Interessengruppen (IG) der Unia anschliessen.

IG FRAUEN. Hier engagieren sich Frauen aus allen Berufen für Lohnleichheit, Vereinbarkeit von

Familie und Beruf sowie Chancengleichheit und gegen Diskriminierung. Sie können sich austauschen, vernetzen und gemeinsam aktiv werden: Um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, organisieren die Mitglieder der IG Frauen national, regional und in den Sektionen Projekte und Aktionen. Je nach Region gibt es ein spezielles Programm für Frauen, zum Beispiel gemeinsame Ausflüge oder Abendkurse.

IG JUGEND. Lernende und junge Arbeitnehmende haben einen anderen, frischeren Blick auf die Arbeitswelt. In der IG Jugend setzen sich Lernende und junge Arbeitnehmende gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Fairness in der Ausbildung ein, kämpfen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Rassismus. Die Unia Jugend organisiert internationale Jugendtreffen, Skilager und gemeinsame Ausflüge und ist somit auch ein soziales Netzwerk für junge Menschen. Sie berät zudem bei Fragen rund um die Lehre oder das Praktikum und hilft bei Problemen auf der Arbeitsstelle.

IG MIGRATION. Als grösste Migrantinnen- und Migrantenorganisation der Schweiz gibt die Unia den Mitgliedern ohne Schweizer Pass eine laute und wirkungsvolle Stimme: Die IG Migration setzt sich auf politischer Ebene, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft für Migrantinnen und Migranten ein. Die Mitglieder diskutieren regelmässig über ihre Erfahrungen und politischen Forderungen rund um die Arbeitswelt und ihren Alltag. Sie entwerfen jährlich ein Arbeitsprogramm mit Lösungen für die Probleme im Arbeitsalltag von Migrantinnen und Migranten und haben als Unia-Mitglied Zugang zu Sprachkursen und spezifischen Weiterbildungen. Die Interessengruppe besteht aus der Migrationskonferenz und -kommission sowie den Regionalgruppen. Diese stellen sicher, dass die Gewerkschaft die Anliegen der Arbeitnehmenden ohne Schweizer Pass ernst nimmt und bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern plziert. Das oberste Ziel: eine offene und solidarische Schweiz für alle.



WORKTIPP

FAMILIENMITGLIEDSCHAFT

Wenn im gleichen Haushalt bereits ein Unia-Mitglied wohnt, bezahlt jene Person mit dem tieferen Einkommen die Hälfte des regulären Mitgliederbeitrags.

Wohnpartnerin oder Wohnpartner anmelden: rebrand.ly/familienmitgliedschaft

IG RENTNER:INNEN. Ebenfalls in regionalen Gruppen ist die Interessengruppe Unia Rentner:innen organisiert. Pensionierte Menschen haben ein Leben lang gearbeitet und verdienen einen Lebensabend in Würde und ohne finanzielle Not. Deshalb setzt sich diese IG dafür ein, die Lebensqualität im Pensionsalter zu erhalten. Ein zentrales Anliegen ist den Mitgliedern ausserdem die generationenübergreifende Solidarität. Die IG Rent-

ner:innen beteiligt sich aktiv an den Unia-Kampagnen, zum Beispiel für eine Stärkung der AHV und bessere Renten, und nimmt Stellung zu eigenössischen Abstimmungsvorlagen. Die Regionalgruppen sind für ihre Mitglieder auch sozial von Bedeutung: Sie treffen sich regelmässig, tauschen sich aus und entwerfen gemeinsame Pläne für Aktionen.

MITHELFFEN. Die Unia führt immer wieder Events, Kampagnen und Aktionen durch, um auf bestimmte Themen und Missstände aufmerksam zu machen und politische Forderungen durchzusetzen. Damit diese Aktionen zustande kommen können, braucht es viele helfende Hände. Sie sind herzlich willkommen, mit anzu-

packen! Bleiben Sie informiert und melden Sie sich. Die aktuellen Events finden Sie auf der Website der Unia.

Sie werden zum Bindeglied zwischen Búezer und Gewerkschaft.

len Kampagnen (unia.ch/de/schwerpunkte) und Events (unia.ch/de/aktuell/events) finden Sie auf der Website der Unia.

VERTRAUENSPERSON. Vertrauenspersonen sind ein wichtiger Teil der Unia. Sie sind das Bindeglied zwischen den Arbeitnehmenden in den Betrieben und der Unia. Vertrauenspersonen sind in ihren Betrieben verwurzelt und wissen genau Bescheid darüber, was (noch) falschläuft, und kennen als Selbst-

betroffene die Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche ihrer Arbeitskollegen und Arbeitskollegen sehr genau. Was tun Vertrauensleute konkret? Sie nehmen an gewerkschaftlichen Diskussionen teil und kämpfen an vorderster Front für faire Arbeitsbedingungen. Am Arbeitsplatz sind sie Ansprechpersonen für Anliegen der Mitarbeitenden und unterstützen die Unia beim Umsetzen von Kampagnen in den Branchen. Als Delegierte in gewerkschaftlichen Gremien bestimmen sie zudem das Geschehen auf regionaler und nationaler Ebene mit. Wer sich dieser Aufgabe annehmen will, wird von den regionalen Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären eng begleitet und hat Anspruch auf drei Weiterbildungen pro Jahr.

FÜR MITGLIEDER

IHRE BENEFITS

Als Unia-Mitglied profitieren Sie von kostenloser Rechtsberatung bei Problemen und Fragen rund um die Arbeit. Für 10 Franken pro Monat können Sie als Unia-Mitglied bei Coop eine zusätzliche Multi-Rechtsschutzversicherung abschliessen. Damit sind Sie und Ihre Familie auch bei Rechtsstreitigkeiten im Verkehrs- und Privatbereich geschützt (rebrand.ly/unia-coop).

WEITERBILDUNG. Die Unia bietet für ihre Mitglieder Sprachkurse, spezifische berufliche Weiterbildungen und Standortbestimmungen an. Bei berufsorientierten Weiterbildungen bezahlt die Unia ihren Mitgliedern 50 Prozent der Kurskosten (maximal 750 Franken pro Jahr) – das umfasst auch Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten. Bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, haben Sie pro Jahr einen Kurs kostenlos zugute (Infos unter movendo.ch). Als Unia-Mitglied können Sie ausserdem pro Jahr bis zu 500 Franken Reka-Geld mit einem Spezialrabatt (mind. 5 Prozent, je nach Region) erwerben. Mit Reka-Geld können Sie Bahn- und Busreisen bezahlen und die Checks auch in vielen Hotels und Restaurants sowie Reisebüros einlösen. Bei der Buchung einer Reka-Ferienwohnung im In- oder Ausland erhalten Sie zudem 10 Prozent Rabatt, bei den Unia-Partnerhotels sogar 10 bis 20 Prozent: Weitere Infos: rebrand.ly/reka-ferienwohnungen). Weitere Vorteile: unia.ch/de/mitglieder/deine-vorteile

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DER ROUTER: Meist wird er angeschlossen und dann vergessen. FOTO: ADOBE STOCK

Router: Das sollten Sie unbedingt anpassen

Ein Router steht in jedem Haushalt mit Internetanschluss. Er verteilt das Internetsignal vom Anschluss an der Wand zu den Geräten wie PC, Handy oder TV. Wenn man vom Internetanbieter einen Router zugesandt bekommt, stellt man ihn meist auf, schliesst die Geräte an und vergisst ihn. Dabei wäre es wichtig, einige Einstellungen anzupassen. Das geht so: zuerst den Computer zu Hause mit dem Internet verbinden, dann den Browser öffnen und ins Adressfeld die Adresse des Routers eingeben. Meist ist dies die Zeichenfolge 192.168.0.1 oder 192.168.1.1. Bei Swisscom funktioniert auch die Adresse Internetbox.swisscom.ch, bei Wingo schreibt man Winbox.local in die Adresszeile. Ist der Router ein Modell der Marke Fritzbox, genügt oft die Bezeichnung Fritz.box.

VORSICHT. Beim Router sind zwei Passworter wichtig: Das erste brauchen Sie, um sich beim Router anzumelden, damit Sie Einstellungen ändern können. Sie sollten es umgehend ändern. Haben Fremde Zugang zum Router, können sie das Netzwerk manipulieren, den Datenverkehr mitlesen oder Passwörter abfangen. Das zweite Passwort brauchen Sie, um sich mit dem WLAN zu verbinden. Auch das sollten Sie ändern.

EINSTELLEN. Kontrollieren Sie zudem in den Einstellungen, wie das WLAN-Signal verschlüsselt ist. Unter «Sicherheit» oder «Verschlüsselung» sollte «WPA2» oder «WPA3» eingestellt sein. Andere Techniken sind nicht sicher genug. Bei vielen Routern lässt sich die WLAN-Signaleinstellung einstellen. Nehmen Sie einen Wert, bei dem Sie in der Wohnung gerade noch guten Empfang haben. Zudem kann man WLAN meist per Zeitschaltung zu bestimmten Zeiten abstellen, zum Beispiel nachts. MARC MAIR-NOACK



EIN BESONDERS BELIEBTER WEIHNACHTSMARKT: In den über 100 Holzhäuschen in Huttwil verkaufen die Aussteller ausschliesslich Kunsthandwerk. FOTO: PD

Weihnachtsmärkte: work zeigt, wohin sich der Ausflug lohnt

Glückchen, Geschenke, Glühwein

Handgemacht und regional: work verrät Ihnen, wo und wann die schönsten Weihnachtsmärkte in der Deutschschweiz stattfinden – vom traditionellen Highlight bis zum Geheimtipp.

MARIA KÜNZLI

Advent im Kloster Solothurn Schon der Weg zum Adventsmarkt im Kapuzinerkloster Solothurn ist eine Reise wert: 24 Laternen säumen den Weg durch den Klostergarten. Am Markt präsentieren Ausstellerinnen und Aussteller ihre Ware von Kunsthandwerk bis Kulinarik. Auch wenn er sicher nicht der grösste ist: vom Ambiente her ist dieser Markt einer der schönsten. 21. bis 23. Nov. und 28. bis 30. Nov. www.adventimkloster.ch

Adventsbasar in der Elfenau Bern Der Adventsmarkt in den Gewächshäusern, der kleinen Orangerie sowie auf dem Parkgelände von Stadtgrün Bern in der Elfenau überzeugt neben dem speziellen Ambiente mit einer sorgfältig kuratierten Auswahl an Ausstellerinnen und Ausstellern mit Fokus auf hochwertiges Kunsthandwerk. Drei Foodtrucks und ein Unterhaltungsprogramm runden das Angebot ab. 22. und 23. Nov. rebrand.ly/adventsbasar-elfenau

Weihnachtsmarkt Huttwil In über 100 Holzhäuschen wird das kleine Städtchen im Oberrhein Ende November zum Weihnachtsmekka. Der Markt, der dieses Jahr zum 29. Mal

wohin sich der Ausflug lohnt

enke, Glühwein

stattfindet, ist weitherum bekannt dafür, ausschliesslich auf Kunsthandwerk zu setzen, und deshalb besonders beliebt. 26. bis 30. Nov. rebrand.ly/weihnachtsmarkt-huttwil

Weihnachtsmarkt St. Gallen Unten der Markt, oben funkeln über 600 Sterne: Am romantischen Sternennmarkt in der «Sternenstadt» auf dem Gallusplatz in St. Gallen kommen nun wirklich alle in Weihnachtsstimmung. Die Sterne leuchten sogar in einer eigens für die Sternenstadt konzipierten Lichtchoreographie. Wer noch mehr Weihnachtsstimmung will, besucht die geschmückte Weihnachtsstanne auf dem Klosterplatz. 27. Nov. bis 24. Dez. sternstadt.ch

Einsiedler Weihnachtsmarkt Vor der Kulisse des Klosters Einsiedeln und entlang der gesamten Hauptstrasse verkaufen rund 80 Ausstellende Kunsthandwerk, Krippenfiguren und regionale Spezialitäten. Festliche Beleuchtung und ein grosser Weihnachtsbaum auf dem Klosterplatz sorgen für Stimmung. 28. Nov. bis 8. Dez. einsiedler-weihnacht.ch

«Märlistadt» Stein am Rhein SH In der «Märlistadt» Stein am Rhein ist der charmante Weihnachtsmarkt nur ein Teil der Attraktion. Jedes Jahr steht ein Märchen im Fokus, das auf dem Märchenweg in verschiedenen Szenen dargestellt wird. Dieses Jahr ist «Der Froschkönig» an der Reihe. Ausserdem gibt

es in der «Märlistadt» eine Weihnachtschmuckbörse, einen Mittelaltermarkt und Stadtführungen mit dem Nachtwächter. 3. Dez. bis 4. Jan. maerlistadt.ch

«Lozärner Weihnachtsmärkte» Dieses Jahr findet der Weihnachtsmarkt rund um die Franziskanerkirche bereits zum 17. Mal statt. Rund 70 Marktstände präsentieren lokales Kunsthandwerk und regionales Spezialitäten. Eine Besonderheit ist der über drei Meter grosse Adventskranz auf dem Franziskanerbrunnen. Chöre, Blasorchester und andere Ensembles aus der Region machen auf der Bühne vor dem Franziskanerbrunnen aus musikalischer Stimmung. 4. bis 23. Dez. weihnachtsmarkt-luzern.com

BREMgarten JUBILÄUM

Er ist einer der traditionsreichsten und grössten Weihnachtsmärkte: der Christkindlimarkt im aargauischen Bremgarten. 2025 findet der Markt bereits zum 30. Mal statt (4. bis 7. Dezember). Über 250 Stände füllen die mittelalterliche Altstadt mit weihnachtlichem Charme. Hier gibt es viel Kunsthandwerk zu bestaunen und verschiedene Attraktionen: Zum Beispiel finden kostenlose Führungen im Spittelturm gleich beim Weihnachtsmarkt statt. Alle Infos hier: weihnachtsmarkt-bremgarten.ch

GAV-Check und Lohnrechner Hilfreiche Tools

Sie möchten wissen, was im Gesamtarbeitsvertrag geregelt ist, dem Sie angeschlossen sind? Oder Sie möchten Ihren Lohn checken? Das geht einfach.

Wenn Sie einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt sind, bei dem die Unia Sozialpartnerin ist, haben Sie über die Unia – auch ohne Mitgliedschaft – einfachen Zugang zu den wichtigsten Inhalten Ihres GAV. Das Tool gibt zum Beispiel Informationen preis zu Mindestlohn, Ferien, bezahlten Abwesenheiten und Entschädigungen. Einfach Beruf, Arbeitsort, Ausbildung und Arbeitsverhältnis angeben, und Sie erfahren alles.

LOHN BERECHNEN. Verdienere ich genug? Wie viel Lohn darf ich

beim Vorstellungsgespräch verlangen? Einen wichtigen Anhaltspunkt und eine Grundlage für Lohnverhandlungen bietet der Lohnrechner des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Der Lohnrechner gibt basierend auf statistischen Daten an, wie viel Lohn eine Person mit Ihrer Tätigkeit und Ihren Qualifikationen normalerweise verdient. Für Beschäftigte im Bauhauptgewerbe gibt es einen speziellen Lohnrechner der Unia: Damit können Angestellte unkompliziert prüfen, ob ihre Firma den Lohn bezahlt, der gemäss Landesmantelvertrag (LMV) festgelegt ist. (mk)

GAV-Check: unia.ch/de/lohn-gav
Lohnrechner: lohnrechner.ch
Lohnrechner Bau: rebrand.ly/lohnrechner-bau

workrätzel

Gewinnen Sie ein Apple iPad!



Ob Arbeit,
Spielen oder
Lernen: Mit
dem von
WAGNER AG
offerierten

Apple iPad (11", Wi-Fi, 128 GB) im Wert von 329 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.

WAGNER
IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR.13
Das Lösungswort lautete: UEBERSTUNDEN

	V	P			K	E				A		K								
	D	U	M	P	I	N	G			C	E	S	S	N	A			U	T	E
			P	A			E	G	A	L	I	T	E			S	N	E	U	
E	M	P	A	T	H	I	E		A		E		S	A	N	E				
D	U	E	T	T		F		U	N	D	I	C	H	T		I		J		
		S	L		G	E	I	S	S	E	L		I		U	N	K	E		
	S	P	A	R	E	N		T		I		B	R	E	M	S	E	N		
T	E	E		S		T		D	E	S	S	E	R	T		H	L	E		
			D		K	A	M	E	R	A	S		A		T	E	I	L	S	
	S	A	L	O	N		N		M		A	E	G	I	R		N			
F	C	L		L		B	E	L	I	E	B		T		K		J	E	T	
	H		H	O	E	R	B	A	R		G		S	T	O	E	R			
	E	P	E	N		O		E		B	A	S	P	O		D		S		
	R	M	I	E	T		P	R	E	I	S		A	K	Z	E	N	T		
N	E	I	D	E	R		U	I		S	E	N	T		U	S		S		

**DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen
im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU,
hat gewonnen: Jürg Erb-Tanner, Basel
Herzlichen Glückwunsch!**

nicht ehrlich	↘	↘	Wasserfahrzeuge	schweizweite Pflege...	heruntergekommen	↘	↘	Butter, Schmalz	Samm-lung von Ge-setzen	dt. Vorsilbe	süsser Brot-aufstrich	↘	histor. Wurf-spiess	↘	Wasser-vögel	schweiz. Tennis-spielerin (Belinda)	Ab-schieds-wort	Ausruf
Neben-meer d. Atlantiks	➡			↘				runde geometr. Körper	↘	7	↘				Gebäude im Ent-stehen	➡	↘	↘
schweiz. Popduo: ... & Leduc	➡		Birken-gewächs Mz.		... mit mehr Lohn und Ferien!	➡							Ältesten-rat		Eidg. Departement d. Innern	➡		
Luftknappheit	➡		↘					Mineral, Pechkohle	↘	schweiz. Olympia-siegerin (Ski)	↘	Strom durch Paris	➡	↘			9	Ver-kehrsstockun-gen
➡			5		gefährl. Substanzen		Wer hat, dem wird ...	➡			8				Schich-ten	↘	Haar-wasch-mittel	↘
Verwal-tungs-zimmer		Bücher-gestell	↘	Stern-system	➡							Rad-mittel-stücke		Finte, Tücke	➡			
Einsiedler	➡						Strauch mit Nüssen	↘	Reini-gungs-gerät		schweiz. Mundart-sängerin	➡	6					
➡				aufroll-bare Sonnen-dächer		biolog.: Lebens-raum	➡		↘				Grund-ton e. Tonart	↘		Zch. f. Gold	➡	
Flächen-mass Mz.	Trans-port-fahrzeug		Länder, Nationen	➡							durch Meuterei bekannt. Schiff		Arbeits-gruppen	➡				
oberer Teil des Fussballtors	➡					Radio-emp-fänger (engl.)		Hinter-lassen-schaft	↘	zement-artiger Baustoff	➡					grosse griech. Insel	↘	Fluss in Grenoble
➡	2		eh. CH-Fussballer (Adrian)	↘	Fern-sprech-apparat	➡				4			Schau-spieler		jp. Zier-fisch	➡		
analog. Farbfernseh-system		streicheln	➡				3			Com-puter-taste	↘	streicht das Weih-nachts-essen	➡	↘				
Erdarten	➡				Initialen e. frz. Filmdols der 60er	↘	ge-schlos-sen	↘	zum Alter-tum ge-hörend	➡					ugs.: Fern-sehen	↘	sächl. Fürwort	
kurze Reise		offen (Rech-nung)	➡				↘					Kämpferin Joy ... †(2025)	➡				↘	
➡				sehr trocken (Sekt)	➡				Druck-buch-stabe	➡				Zier-gefäss	➡			

1	2	3	4	5	6	7	8	9
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 4. Dezember 2025**

INSERAT

Neuer GAV Coop – gemeinsam erkämpft, gemeinsam stark

UNIA



Mehr Lohn.
Gesündere Arbeitszeiten.
Besserer Gesundheitsschutz.

**Das ist der Erfolg
der engagierten
Unia-Mitglieder.**

**Mehr
lesen**





WORKLESERFOTO

Die Beatles von Biel

WANN 18. Oktober 2025
WO Bahnhofplatz Biel
WAS Tauben bei der ordnungsgemässen Überquerung einer Strasse
Eingesandt von Max Althaus, Frauenfeld

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / DIVERSE
BEITRÄGE ZU DEN BAUDEMOS
Zuschlag ist nichts als fair

Bauarbeiter haben einen normalen Lohn wie jeder andere. Aber wenn diese Leute in der Nacht oder am Wochenende arbeiten, und dies bei jeder Witterung, dann ist es nur fair, wenn sie auch einen Zuschlag bekommen. Wenn die Bauarbeiten tagsüber ausgeführt und dadurch Züge und Busse ausfallen würden, gäbe es zu viele Reklamationen. Daher wird leider immer mehr in der Nacht gearbeitet.

ROBBY FISCHLI VIA INSTAGRAM

Einfach unverschämt

Die Baumeister jammern, dass niemand mehr auf dem Bau arbeiten will, aber benachteiligen die Búezer, die einer solchen körperlichen Arbeit nachgehen. Das ist einfach unverschämt.

SOFIA98, VIA INSTAGRAM

Finde den Fehler

Es ist immer wieder das gleiche: Die Arbeitgeber wollen, dass wir länger arbeiten. Aber gleichzeitig wollen sie dich ab 50 Jahren nicht mehr beschäftigen.

REMMIDEMMI, VIA TIKTOK

WORK 13 / 23.10.2025: DEN RECHTEN GING ES NIE UM DAS WOHL DER ARBEITENDEN

Ausbeutung ist das Ziel

So ist es: Die Rechten wollen nicht «keine Einwanderung». Sie wollen eine Klasse entrechteter Menschen zum Ausbeuten.

ZANEMALIT, VIA INSTAGRAM

Das Beispiel USA

Das kann man auch gerade in den USA beobachten: Millardäre, die auf Arbeitsrechte sch*** und rechte,

faschistische Politiker mit ihren Geldern fördern.
AMELUNGRAINER, VIA INSTAGRAM

WORK 13 / 23.10.2025: DER ELEKTRO-GAV IST ENDLICH IM KASTEN

Ein Schlag ins Gesicht

Für unsere Ü 55-Kameraden ist der Abschluss des neuen Elektro-GAV ein Schlag ins Gesicht! Für sie gibt es keine Erhöhung der Ferientage. Und ebenso wenig gibt es Anzeichen dafür, dass auch die Stromer bald die dringend notwendige Frühpensionierung erhalten. Nur zwei Elektriker aus dem Kanton Zürich sind standhaft geblieben und haben dem neuen GAV eine Abfuhr erteilt.

PRÜHER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 30.10.2025: MEHR SONNTAGSARBEIT? DAS KOMMT NICHT IN DIE TÜTE!

Der Sonntag ist heilig

Der Sonntag ist heilig. Schon vergessen ReGIERung? Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tage ist der Sabbat des Herrn. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt! Am Sonntag eine Arbeit zu verrichten, die dem Nächsten dient, wie zum Beispiel Spital und Pflege, das ist nochmals etwas anderes. Aber verlangen, den

Sonntag für Geld und Konsum zu opfern, nein, ganz bestimmt nicht. Der Sonntag ist heilig und gehört dem Herrn, ob es euch passt oder nicht.

LYNA BÄR, VIA FACEBOOK

Lädele, weil Ideen fehlen

Der Rubel soll rollen, egal zu welchem Preis! Leider ist es auch so, dass einzelne Leute nicht mehr wissen, wie sie ihre freie Zeit verbringen können. Ist an einem Sonntag auch noch nasses und trübes Wetter, so ist Lädele eine willkommene Alternative. Einfach tragisch!

MARIANNE ZWICKER, VIA FACEBOOK

WORK 13 / 23.10.2025: DAS ENDE VON WINDOWS 10

Da ist noch eine Alternative

Viel einfacher, als viele denken, ist der Umstieg auf das Gratis-Betriebssystem Ubuntu. Es bietet jeweils Gratis-Upgrades, viele Programme, die nichts kosten, und es kann ohne Umstände installiert werden. Eine wahre Freude. Das mache ich seit 20 Jahren so. Das sollte erwähnt sein.

PETER SCHÖNBÄCHLER, KRIENS LU

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.ch Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Mauricio Borges (45) sammelt 12 Tonnen Abfall pro Tag

Ein Job im Büro? Das wäre ihm zu langweilig

Mauricio Borges fährt den Güselwagen durch die Stadt Zürich. Dabei schätzt er besonders die Kollegialität im Betrieb und den Kontakt mit den Menschen auf der Strasse.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS FLORIAN BACHMANN
Mauricio Borges kurvt mit dem Kehrichtlastwagen über den Vorplatz zum Bunker – so heisst der Innenraum der Kehrichtverwertungsanlage Hagenholz. Hier parkiert Borges rückwärts ein. Aus dem Innern des Wagens purzeln die blauen Züri-Säcke mit dem Güsel in den stinkenden Abgrund. Insgesamt sind es etwa 12 Tonnen Haushaltskehricht, also etwa 180 Container, die Borges an diesem Morgen zusammen mit seinen beiden Arbeitskollegen aufgeladen hat. Die Anlage wird gerade ausgebaut, so dass noch mehr Abfall aus der wachsenden Stadt Zürich und den umliegenden Gemeinden entsorgt und die Haushalte der Stadt Zürich mit mehr Fernwärme versorgt werden können.

ABWECHSLUNG

Borges Arbeitstag beginnt morgens um halb sieben. Dann fahren die 24 Güselwagen los und beginnen ihre Touren durch die Stadt Zürich. Heute war Borges als Lader hinten auf dem Lastwagen unterwegs, weil einer seiner Kollegen ausgefallen war. Normalerweise arbeitet er jedoch als Chauffeur. Mit seinen 22 Jahren Berufserfahrung gehört er heute «zu den Möbeln des Betriebs», wie er sagt. Die Arbeit als Lader sei körperlich anstrengender. Borges schaut auf seine Uhr, sie zeigt ihm jetzt, zum Ende des Arbeitstages um halb vier Uhr nachmittags, 14000 Schritte an. Aber als Chauffeur sei die geistige Anstrengung grösser, immer konzentriert mit dem Fokus auf die Strasse und den Verkehr. Besonders die Velos und die E-Trottinets im Stadtverkehr seien unberechenbar und gefährlich, sagt Borges. Als Springerchauffeur hat Borges keine fixe Tour. Das gefällt ihm: «Das Schöne an meinem Beruf ist die Abwechslung, ich bin draussen und mit Menschen.»

UNTER DEN LEUTEN

Jeden Tag gebe es bei seiner Arbeit auch lustige Erlebnisse, besonders im Zürcher Langstrassenquartier. Da werden die Container zwei Mal wöchentlich geleert. Borges sagt: «Wir haben die ganze Bevölkerung um uns.» An der Langstrasse mache ihm die Arbeit besonders Spass, weil

es mehr Kontakte mit verschiedenen Leuten gebe: «Die Sexarbeiterinnen kennen uns und machen auch immer wieder mal ein Spässchen.» Weniger schön sei die Arbeit im Winter, vor allem wenn er bei Schnee und Eis die Schneeketten montieren müsse. Auch sei beim Laden die Verletzungsgefahr höher, besonders häufig seien Schulter- oder Knieverletzungen, weil man beim Runterspringen vom Lastwagen ausrutsche oder sich nicht gut am Lastwagen festgehalten habe.

LOHN UND MITSPRACHE

Borges blieb bisher von solchen Verletzungen verschont und ist sehr zufrieden mit seiner Arbeit: «Die Arbeitsbedingungen finde ich super, sonst wäre ich nicht so lange hier.» Auch der Lohn stimmt für ihn: Als langjähriger Chauffeur verdient er um die 7000 Franken brutto pro Monat. Ausserdem könne er auch immer seine Meinung sagen, so beispielsweise bei den regelmässigen Treffen mit allen Mitarbeitenden.

LIEBER NICHT IM BÜRO

Bei Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) arbeiten insgesamt rund 1000 Personen, damit ist es einer der personalintensivsten Betriebe der Stadt Zürich nach dem Schulamt, dem Stadtsptial Zürich, den Gesundheitszentren für das Alter, den Verkehrsbetrieben, der Stadtpolizei



und dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich. Neben dem Bereich Logistik, wo Borges mit rund 280 anderen Mitarbeitenden angestellt ist, gibt es noch die Kehrichtverwertungsanlage, die Stadtreinigung, Entwässerung und Abwasserreinigungsanlage. Man habe ihm auch schon angeboten, im Büro zu arbeiten und die Disposition der Chauffeure und Lader zu übernehmen. Doch ganz ins Büro möchte er nicht wechseln, das fände er langweilig, dann wäre er noch lieber Lastwagenchauffeur auf der Autobahn.

Es gab auch schon einen Moment, bei dem Borges um seinen Job zittern musste. Das war nach einer Autofahrt in Frankreich, als Borges seinen Führerausweis wegen einer Geschwindigkeitsübertretung sechs Monate abgeben musste. Borges sagt: «Eigentlich wäre ein solcher Ausweisentzug für einen Chauffeur ein Kündigungsgrund, aber als langjähriger Mitarbeiter konnte ich trotzdem weiter als Lader arbeiten.» Während des halben Jahres habe er weniger verdient, aber seine Stelle als Chauffeur sei ihm erhalten geblieben.



**MAURICIO BORGES
KIND VON
SAISONNIERS**

Mauricio Borges' Eltern arbeiteten in den 80er Jahren als Saisonniers in der Schweiz. Weil Familiennachzug verboten war, wuchsen Borges und seine Schwester mit den Grosseltern im Norden Portugals auf. Erst im Alter von 11 Jahren konnten sie zu ihren Eltern nach Zürich Affoltern ziehen. Nach seiner obligatorischen Schulzeit arbeitete Borges zuerst als Verkäufer in einem Quartierladen.

MIT DEM VATER.

Bei Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) konnte er vor 22 Jahren auch ohne Lehrabschluss einen Job finden. Zuerst arbeitete er bei der Stadtreinigung als Strassenwischer, im Winterdienst und in der Graffitireinigung. Sein Vater, der als Gärtner und Fabrikarbeiter in der Toni-Molkerei gearbeitet hatte, kam einige Jahre vor seiner Pensionierung ebenfalls zu ERZ – sein Sohn hatte ihn davon überzeugt. Heute leben die Eltern wieder in Portugal, wo Borges sie in den Ferien regelmässig besucht.

SHISHA. Borges lebt mit seiner Frau und ihrem 18jährigen Sohn weiterhin in Zürich Affoltern. Seine Freunde lädt Borges nach der Arbeit auch gerne mal zu sich nach Hause ein. Dann schauen sie Fussball, Formel 1, oder sie rauchen zusammen eine Shisha. Er geniesse vor allem «das ruhige Leben». Zum Beispiel am frühen Morgen oder abends, wenn Borges seinen Spaziergang mit «Snoopy» macht, dem elfjährigen Mops der Familie.

ER SAMMELT DEN ABFALL EIN: Mauricio Borges lenkt den Güselwagen durch Zürich, gelegentlich steht er auch als Lader hinten auf dem Wagen.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer. Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jäily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jäily, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia